

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

Die Zukunft...



er Liberalen



drucksachen-inhalte

Die Qual der Wahl

Nach der in Bochum mit viel Begeisterung vorgenommenen Gründung der Liberalen Demokraten muß jetzt die heikle Frage eines Antretens bei der nächsten Bundestagswahl entschieden werden. Befürworter und Gegner der Teilnahme verfügen jeweils über gute Argumente. Seite 9



Ausgebrannt

Die FDP sei wieder im Aufwind, stellen ihre führenden Partei-Funktionäre bei jeder Gelegenheit heraus. Aber auch solche Beschwörungen eines Wunschbildes können die trostlose Situation in den einzelnen Landesverbänden nicht verschleiern. Berichte von den FDP-Landesparteitagen in Hessen und Hamburg sowie über die unverminderte Austrittsbewegung auf den Seiten 15-17

Vorbild Amerika



Das Bonner Entwicklungshilfeministerium befindet sich entsprechend der Ressortaufteilung der Rechts-Koalition fest im Griff der CSU. Von Nord-Süd-Dialog und der Förderung eigenständiger Entwicklungsmodelle will man nun nichts mehr hören. Ost-West-Konfrontation und Kalte-Kriegs-Mentalität bestimmen wieder das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt. Seite 23

vom „freyen Sinn“

Was verbindet sich eigentlich mit dem Begriff „Freisinn“, von dem soviel in letzter Zeit und auch im Titel dieser Zeitschrift die Rede ist? Karl-Heinz Hense schildert die bewegte Entwicklung des freisinnigen Liberalismus bis 1918. Ein Fazit: Bismarck hat der Nation das Rückgrat gebrochen, das Rückgrat des Freisinns brach er nicht. Seite 27



Liberaler Bildungsarbeit als Experiment

Das Forum Karl-Hermann Flach im nordhessischen Melsungen treibt seit einigen Jahren erfolgreich Seminararbeit. Finanzsorgen und die tiefgreifenden Umbrüche im liberalen Lager haben jetzt Strukturveränderungen erfordert. Sie sollen die Zukunft der Einrichtung sichern helfen. Seite 31

Titelbild: Liberaler Wahlkampf vor sechs Jahrzehnten

nach-drucksachen: Die Kölner FDP sorgt für klare Verhältnisse Seite 8

Liberaler Demokraten: Der erste Streit steht schon ins Haus Seite 9

Bochumer Konferenz: Was hinter den Kulissen lief Seite 11

Plädoyer: Eckard Behrens formuliert Bedingungen für ein Überleben der FDP Seite 11

SPD: Hanspeter Knirsch beschreibt die Vernichtungsstrategie gegenüber den Liberalen Demokraten Seite 13

desolat: Die hessische FDP hat abgewirtschaftet Seite 14

Hürde: Hamburgs Freie Demokraten bleiben außerparlamentarisch Seite 15

Exodus: Die Austrittswelle aus der FDP ist ungebrochen Seite 16

Gewissen: Harald Dörig analysiert die Neuregelung des KDV-Rechts Seite 17

servil: William Borm zur Kohl-Reise in die USA Seite 19

Berlin: Rüdiger Pieper schildert die vergeblichen Verhandlungen um eine Legalisierung der besetzten Häuser Seite 20

Hearing: Von der Bafög-Anhörung im Bundestag berichtet Sibylle Engel MdB Seite 22

Verwicklungspolitik: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird auf rechten Kurs gebracht. Seite 23

Reformbedarf: Aus der Rede von Theo Schiller in Bochum Seite 25

Blick zurück: K.-H. Hense beschreibt die Entwicklung des Freisinns bis 1918 Seite 27

Satire: Rainer Barzels neueste literarische Schöpfung Seite 29

Kabarett: Die Aachener Laien-truppe Sicherheitsrisiko Seite 30

Rezension: Unternehmeranschläge Seite 30

vorgestellt: Das Forum Karl-Hermann Flach Seite 31

Rubriken

drucksachen-herausgeber Seite 3

brief-drucksachen Seite 4

nachrichtliches – in kürze Seite 6

in eigener Sache Seite 33

personelles Seite 34

der-die-das letzte Seite 35

Theo Schiller:

„dann werden aus Splittern Balken“

Welch ein dramatischer Niedergang: Im Oktober 1980 erzielte die FDP mit 10,6 % ein Traumergebnis bei der Bundestagswahl; im Mai eine noch weitgehend unbeschädigte Partei, setzt sie am 17. Juni 1982 in Hessen zum Salto mortale an und strebt in eine unbegründete Koalition mit der CDU; im September wird ihr der Mühlstein des Lambsdorff-Papiers um den Hals gelegt, die Abwehrkräfte reichen nicht mehr aus; schon das konstruktive Mißtrauensvotum zugunsten der Kanzlerschaft Kohls ist nicht mehr freie Entscheidung, sondern nur noch Vollstreckung einer Zwangslage der systematisch herbeigeführten vollendeten Tatsachen; und schließlich der Bundesparteitag in Berlin: Der politische Trümmerhaufen ist perfekt. Das 1980 gewonnene Wählervertrauen schmachvoll mißbraucht, die innerparteiliche Demokratie durch autokratisch-verschlagenen Genscherismus aus den Angeln gehoben, die inhaltlichen Programmpositionen liberaler Politik in einem erbärmlichen Verhandlungsergebnis mit der CDU/CSU geräumt, und schließlich mit der Wiederwahl Genschers als dem Mende der achtziger Jahre die Unglaubwürdigkeit in Person zum Markenzeichen erhoben — wann wurde jemals zuvor in weniger als einem halben Jahr eine Partei so schnell und so wirkungsvoll zugrunde gerichtet? Es ist ebenso beklagenswert wie offenkundig: Die FDP ist als liberale Partei historisch erledigt. Das aufgerissene Vakuum wieder auszufüllen, ist Aufgabe jedes Liberalen. Denn die liberale Funktion in dieser Republik ist auch nach der Auswanderung der FDP unverzichtbar.

Die liberale Opposition gegen das Zerstörungswerk des Genscherismus hatte eine große Chance. Sie hat bis zur Kohl-Wahl mutig und überzeugend gefochten, danach, auch auf und nach dem Berliner Parteitag, hat sie versagt. Insbesondere die Fraktionsminderheit der 18 war zu gemeinsamem Handeln nicht in der Lage. Das ist bitter, aber es ist nicht zu ändern. Wieder einmal hat Uneinigkeit Geschichte gemacht. Nach Berlin bestand die große Gefahr, daß die Zersplitterung der liberalen Opposition zu drei Formen der Resignation führen würde:

(1) resigniertes Festklammern an der FDP durch Teile der Fraktionsminderheit um Gerhart Baum — zum Teil mit, in der Regel aber ohne Aussicht oder Absicht der Wiederkandidatur;

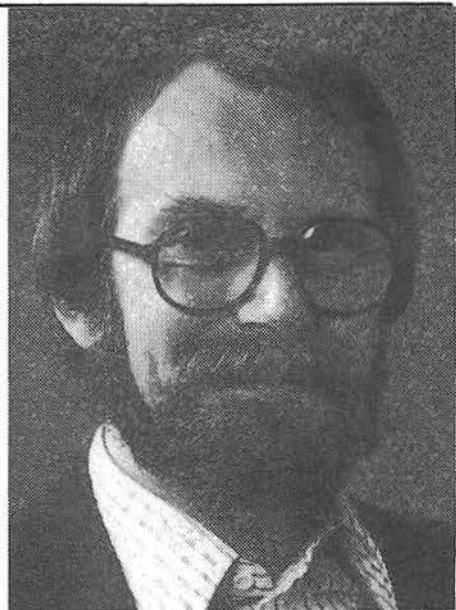
(2) resignierte Abwanderung zur SPD, vielleicht mit Kandidaturen, aber ohne Chance einer liberalen Gruppen- oder gar Flügelbildung;

(3) das resignierte Privatisieren oder Auseinanderlaufen der liberalen Basis, für die das Verbleiben in der FDP moralisch unmöglich und das Abwandern zur SPD politisch unattraktiv war und ist.

Die Wahl zwischen drei Formen der Resignation reißt niemanden vom Stuhl. Berlin konnte nicht das Ende sein. Daher war Bochum notwendig.

Der Bochumer Kongreß über „Die Zukunft der Liberalen“ markiert die Alternative zur Resignation. Die liberale Basis hat sich — ungeachtet der beiden Varianten der parlamentarischen Resignation — zum aktiven Handeln entschlossen. Dies war die einzige Chance, um den größeren Teil der liberalen Opposition als gemeinsame Kraft zu erhalten; und es ist die einzige Form, um liberale Kontinuität zu sichern. Der Entschluß zum autonomen Handeln entsprang nicht der Illusion der Erfolgsgarantie. Er fußte vielmehr auf dem Mut zum Risiko, auf dem festen Boden gemeinsamer Überzeugungen und auf konsequentem Engagement für die gefährdete Liberalität.

In den Liberalen Vereinigungen, die überall im Land seit Mitte September entstanden sind, konnte die liberale Basisbewegung die Erfahrung machen, daß gemeinsames Handeln möglich ist und daß tausende zur liberalen Sammlung bereit waren. In allen Bundesländern vertreten und mit fast hundert örtlichen Gliederungen untermauert, ist die Liberale Vereinigung mit Bochum endgültig organisatorisch konsolidiert. Ihre politische Funktion ist nicht erledigt, weil sich in Bochum auch die „Liberalen Demokraten“ gegründet haben. Die Liberale Vereinigung muß über den Tag hinaus die Liberalen zusammenhalten, nicht zuletzt die verbliebenen oppositionellen FDP-Mitglieder mit ihren Freunden des sozialen Liberalismus. Ein Unvereinbarkeitsbeschluß (und sei's nur ein „politischer“) seitens der FDP kann daher ebenso wenig sinnvoll sein wie ein bisher nicht erhobener Ausschließlichkeitsanspruch seitens der Liberalen Demokraten. Die Liberale Vereinigung bleibt das Diskussionsforum für die Zukunftsperspektiven des Liberalismus, und sie wird diese Funktion ebenso produktiv wie tolerant erfüllen.



Der Bochumer Kongreß war auch die Geburtsstunde einer neuen Partei. Die „Liberalen Demokraten“ sind aus der Aktivität der Basis hervorgegangen, und deshalb, nur deshalb sind sie entwicklungsfähig. Der FDP-Chef Genscher, spätestens seit seiner Vokabel von der „politischen Fremdenlegion der SPD“ (über Schoeler/Verheugen) der größte Diffamierungskünstler der Nation, legte mit seinem unausgeglichenen Heubsetzungsverdict „Krüger-Partei“ wieder einmal nur sein eigenes (Miß-)Verständnis von Parteistrukturen offen. Auch das Urteil „Splitterpartei“ war sogleich zur Hand. Nun gut: Parteien fangen in der Regel als Splitterparteien an; aber Parteien wie die FDP, mit Wahlergebnissen wie in Hessen, Bayern und Hamburg im Herbst 1982, hören als Splitterparteien auf. Hochmut kommt vor dem Fall, und nach dem Fall heißt er Unbelehrbarkeit. Doch überlassen wir dieses Problem denen, die sich an Genscher und Lambsdorff gebunden haben.

Die Liberalen Demokraten müssen jetzt den Liberalismus wieder auf die Füße stellen. Ihre Verantwortung ist groß, ihre Chancen auch. Zunächst bedarf es solider Organisation und ruhiger Klärung der Programmgrundlagen. Hier ist liberale Kontinuität mit Offenheit und Phantasie zu verbinden. Der Elfenbeinturm hat uns lange genug eingesperrt und gelähmt. Der Liberalismus als Basis-Bewegung hat die besten Voraussetzungen dafür, Problemlösungen im Kontakt mit den betroffenen und aktiven Bürgern zu entwickeln. Dafür braucht es neue Arbeitsformen und insbesondere mehr offene Ohren als schnelle Zungen. Es wird nicht darum gehen, für die Liberalen Demokraten schnell und geschickt möglichst viele Stimmen bei Wahlen zu gewinnen (die braucht man natürlich irgendwann auch). Für die liberale Funktion erfolgreich können die Liberalen Demokraten nur sein, wenn sie dem Bedarf der vielen Bürger an Liberalität ein Sprachrohr schaffen. Die Liberale Demokratie kann nur von unten kommen. Daher fangen auch die Liberalen Demokraten unten und klein an. Dann werden aus Splittern Balken.

Vorwärts 2. Teil?

Heute las ich beim Frühstück in der Zeitung, daß Verheugen zur SPD wechselt. Na prima — jetzt werden Frau Schuchardt und Frau Matthäus-Maier sowie von Schoeler bald nachziehen. Wozu gibt es dann eigentlich noch die *liberalen drucksachen*? Man kann diese Politschrift doch bald in *Vorwärts 2. Teil* umbenennen. Ich konnte mich bisher mit keiner Partei identifizieren (weder mit den Grünen noch mit der CDU) und habe gehofft, daß die Linksliberalen die politisch notwendige Konsequenz aus dem Bruch mit der F.D.P. ziehen.

Gründung einer neuen Partei mit den Grundlagen der Freiburger Thesen und dem Verheugen-Papier, ich hätte eine solche Partei mit Handkuß gewählt. Nun muß ich aber feststellen, daß die Gallionsfiguren der Linksliberalen ihre eigenen Ideen verkaufen und einer gesicherten Position in der SPD den Vorrang geben, sie sind zu Verrätern an der eigenen Sache geworden! Das macht mich traurig.

Ulrich Littmann (18)
3418 Uslar

Neue Parteistrukturen erproben

der bundespräsident darf nur einmal wiedergewählt werden, aber an der macht sitzen darf jeder unbeschränkt lange. und ein parteivorsitzender, der zu lange amtiert, mag seine partei schließlich nur noch vor vollendete tatsachen und die alternative friß oder stirb! stellen wollen. derartiges sollte eine unter umständen neu zu gründende partei von vornherein auszuschließen trachten. die grünen erproben ja bereits andere strukturen und verfahren, zwar mit unterschiedlichen erfolgen, aber dennoch m.e. beachtenswert. auch die britischen social democrats probieren neues, anregungen gibt es — außerhalb des deutschen bundestages — zuhauf.

eine neugründung darf auf gar keinen fall 'erst einmal' alte strukturen kopieren — das läßt sich nämlich kaum je wieder ändern. im gegensatz zu programmen, die täglich neu beschlossen werden können, besitzen strukturen ein unheimliches (ich mein das wörtlich!) beharrungsvermögen und vermitteln amtsinhabern eine erschreckende eigendynamik, meist fernab jeder demokratischen kontrolle. und was programme wert sind, wenn reale kontrollmöglichkeiten fehlen, ist mir nur allzu gut bekannt.

ohne in große debatten über demokratietheorie einzusteigen, schlage ich im folgenden einige strukturelemente vor, die meinen wünschen an eine neu zu gründende partei entsprechen:

grundsatz 1:

so viel auf urebene wie möglich, so viel auf delegiertenebene wie unabwendbar



Günter Verheugen: "Die eigenen Ideen verkauft..."

nötig.

grundsatz 2:

so wenige delegiertenebenen wie möglich; dabei

- urwahl der delegierten zu allen delegiertenebenen und
- degressive delegiertenschlüssel bei grundmandaten.

grundsatz 3:

trennung von amt und mandat.

grundsatz 4:

beschränkung der wiederwählbarkeit auf eine unmittelbar anschließende amtsperiode in dem selben gremium (amt).

grundsatz 5:

kollektive führungsspitzen.

grundsatz 6:

ausschluß der wiederaufstellung als kandidat für eine unmittelbar anschließende wahlperiode (mandat).

grundsatz 7:

teilnahme-, rede- und antragsrecht jedes mitglieds bei jeder parteiveranstaltung. dies ist keine abgeschlossene liste, die unverbesserlich ist. wenn eine liberale partei jedoch neue und auch jüngere leute ansprechen will, muß sie ihnen möglichkeiten bieten, sich einzubringen und sich wiederzufinden. also muß sie versuchen, von vornherein strukturen zu schaffen, die ein gegenseitiges zuhören und aufeinanderzugehen schaffen, und damit jene atmosphäre des vertrauens, die zwar keine ausreichende, aber eine notwendige grundlage ist, die sprachlosigkeit (in) der politik zu überwinden.

peter k g welge
3170 gifhorn

Weiter in der F.D.P.

Während die meisten Jungdemokraten der F.D.P. den Rücken kehren wollen — ihre Beweggründe können wir verstehen — beabsichtigen die Unterzeichner weiterhin in der F.D.P. für sozialliberale Politik einzutreten: auch und gerade als Jungdemokraten.

1.) Die Gründung einer neuen Partei erscheint uns nicht als Alternative

- weil Führungspersönlichkeiten von hohem oder auch nur mittlerem Bekanntheitsgrad offensichtlich fehlen (einige aussichtsreiche Aspiranten sind inzwischen SPD-Mitglieder),
- weil absehbar ist, daß die neue Partei nicht weiterhin von ihren publizistischen Herbeirednern gestützt werden wird,
- weil die Chancen dieser neuen Partei, die 5%-Hürde bei den Märzahlen überwinden zu können, noch geringer sind als die der F.D.P.;
- weil uns ein jahrelanges Verharren in politischem Sektierertum ineffektiv erscheint.

2.) Vielmehr beabsichtigen wir in der F.D.P. weiterhin für

- sozialen Liberalismus
- eine offene Gesellschaft
- die Fortsetzung der Entspannungspolitik
- einen verantwortungsvollen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie einzutreten und unseren politischen Freunden unter den Mandats- und Funktionsträgern auf Kreis-, Landes- und Bundesebene von der Basis her Unterstützung und Rückhalt zu geben.

3.) Als Jungdemokraten, die zum Verbleib in der F.D.P. entschlossen sind, erscheint es uns jetzt vordringlich, für die Konsolidierung der ebenso denkenden DJD- und LHV-Mitglieder zu sorgen. Diese Mitglieder laufen angesichts der gegenwärtigen Entwicklung Gefahr, zwischen den Polen: 'Judo-Lossagung von der F.D.P.' und 'Anerkennung der "Jungen Liberalen" als F.D.P.-Jugendorganisation' verschüttet zu werden.

Um solches zu verhindern, bitten wir alle Jungdemokraten und LHV-Mitglieder die — gleich uns — weiter in der F.D.P. mitarbeiten wollen, sich zu melden bei:

Rüdiger Hatz, Hasencleverstr. 68, 5651 Solingen; Jutta Rothacker, Hartmannswieserstr. 11, 6230 Frankfurt 80, Ulrich Wacker, Birkenweg 4, 5305 Alfter Oedekoven

Leserbriefadresse:

liberale drucksachen
drucksachen Verlags-GmbH
Elbestr. 30
4630 Bochum

Notwendiger Faktor

Nach meinem Eindruck ist das Interesse an der Arbeit der Linksliberalen seit dem FDP – Bundesparteitag unglaublich gestiegen, und zwar vor allem in der Jungdemokraten – Zielgruppe: der Jugend! Uns wird wieder mehr Glaubwürdigkeit zugemessen, und zwar auch mehr Glaubwürdigkeit, als denen, die sich von der SPD haben ein Mandat anbieten lassen. Zwar wird gezweifelt, ob das klappt mit den Liberalen Demokraten. Aber es wird auch mit Sympathie verfolgt. Wir scheuen das Risiko nicht, das uns die SPD allzu gerne abgenommen hätte.

Ich halte es aus Jungdemokraten – Perspektive für richtig, daß die Partei Liberale Demokraten gegründet worden ist. Ohne eine liberale Parteiidentifikation im parlamentarischen System der BRD könnten wir noch so tolle Bildungsarbeit machen. Das können andere nämlich auch schon. Parlamentarismusillusionen liegen mir fern. Ich glaube nicht, daß es die Liberalen Demokraten einmal sein werden, die im Bundestag den Beschluß durchsetzen werden, den Kapitalismus zu überwinden. Aber sie müssen ein relevanter politischer Faktor werden, damit die Jungdemokraten es bleiben (wenngleich das allein dafür nicht ausreichen wird).

Ein eigenständiger organisierter liberaler Faktor bleibt in der BRD notwendig. Eine Intergration in und durch die SPD würde, soweit es 'Sozialliberale' betrifft zu einer weiteren Rechtsdrift der SPD führen; soweit es 'Radikaldemokraten' betrifft, würden sie nicht mehr ins Gewicht fallen.

Darüberhinaus wäre die ehemalige soziale Basis der FDP politisch wesentlich schlechter anzusprechen und organisierbar. Ähnliches gilt, wenn man es statt auf die SPD auf die Grünen anwendet. Verlorengehen würde das liberale 'Tabuknackten':

- Kirche und Staat
- Anzweiflung des 'Deutschen Einheit'-Gedankens / Anerkennung der DDR – Staatsbürgerschaft

und vieles was uns noch, ohne daß uns selbst immer sofort die Tragweite auffällt, einfallen wird. Was Sozialliberale von Grünen dabei unterscheidet ist – igittigitt – die 'Realpolitik'. Das unterscheidet auch die Bevölkerungsschichten, die für die einen und für die anderen ansprechbar sind. Realpolitik darf nicht mit rechter Politik verwechselt werden – da haben wir als Linksliberale auch eine bewußtseinsbildende Aufgabe.

Schließlich möchte ich noch eine weitere wichtige Funktion nicht vergessen, Innerhalb der Friedensbewegung gibt es keine organisierte Kraft, die wie wir gleichzeitig – ein so konsequenter Gegner der 'Nach' – Rüstung, – ein so realistischer Verfechter von Entspannungspolitik (der von 'links' im-

mer Herrschaftsstabilisierung vorgeworfen wird) ist und

- die eigene Position nicht zum Polarisieren der Friedensbewegung sondern für ihre Zusammenarbeit einsetzt.

Ich finde das ist schon allerhand Existenzberechtigung für die nächsten Jahre. Dafür bin ich auch bereit, ideologische Bauchschmerzen in Kauf zu nehmen, und auf eine politische 'Heimat' – so richtig zum wohlfühlen, weil alle immer einer Meinung sind – zu verzichten.

So, und nun kommt das 'aber'. Es wäre natürlich verheerend für die Jungdemokraten, sich nun vom Parteigründungsfever übermannen zu lassen.

Denn das dürfte doch wohl klar sein: die Liberalen Demokraten werden nicht die radikaldemokratischen Partei des 'Leverkusener Manifests'. Darum darf unsere Basisarbeit jetzt nicht vernachlässigt werden, auch nicht 'nur für einen Moment', weil gerade sooo viel Partei zu gründen ist. Der Rückenwind, die Sympathie, die z.Z. an der Basis spürbar ist, dauert näm-

lich nicht ewig. Wir haben allenfalls Monate dafür Zeit.

Es wäre verheerend für die Jungdemokraten, wenn dieses Potential möglicherweise alles nur in die gerade im Rampenlicht stehende Partei gestopft würde. Denn auch bei den Liberalen Demokraten, da sollte sich niemand was vormachen, können wir nur der linke Flügel sein. Die Liberalen Demokraten sind notwendig; darum sollte man da durchaus was für tun. Aber das Hemd ist mir näher als der Rock. Und das Hemd sind die Jungdemokraten mit ihrem radikaldemokratischen auf Systemüberwindung zielenden Inhalten.

Ich finde, daß wir darauf in den nächsten Wochen und Monaten genauer achten müssen.

Wie gesagt: der Rückenwind ist nur kurz. Wenn wir den Start in unserer Basisarbeit verpassen, können wir uns in den Startlöchern gleich begraben lassen.

Martin Böttger
5300 Bonn



Parteivorsitzender Uli Krüger: Waren Vorstandswahlen nur ein Schönheitswettbewerb?

Politisch fragwürdig

Die Kritik will weder für eine weitere Mitarbeit in der F.D.P. plädieren noch angesichts der politischen Gesamtlage warnend den Zeigefinger heben. Wir waren für die Gründung einer neuen Partei und haben das bei der entsprechenden Abstimmung zum Ausdruck gebracht.

Was allerdings nach dieser Abstimmung geschah, erscheint politisch fragwürdig: wie können hunderte von Leuten in eine Partei eintreten, über die sie noch gar nichts wissen? Hätte nicht vorher zumindest über die vorgelegte 'Punktuation' als Arbeitsgrundlage entschieden werden müssen? Wer meinte, die inhaltliche Klärung würde noch im Laufe der Konferenz erfolgen, sah sich getäuscht – gewiß, es gab Sachzwänge, organisatorische Notwendigkeiten, aber hätte nicht mit der gleichen Vorläufigkeit der anderen Entscheidungen, über grundlegende Positionen entschieden werden können? Plötzlich drängte die Zeit, aber warum hat das Präsidium erst gegen Vier gesagt, daß spä-

testens um Sechs Schluß sein mußte?

Angesichts dieser fehlenden Vorklärung war auch die Wahl des Vorstandes nur ein Schönheitswettbewerb. Man kann den Kandidaten ihre relative Unbekanntheit nicht zum Vorwurf machen; die Prominenten wollten ja nicht und es wurde ja auch gar kein neuer Genscher gesucht – nur was hier an Vorstellung lief, das ermöglichte keine auch nur irgendwie politisch angehauchte Entscheidung.

Leute, die nach Bochum nicht als 'insider' gekommen waren, sondern vielleicht seit ihrem F.D.P.-Austritt nur noch an der Basis tätig waren – z.B. bei Friedenswochen – oder bisher noch gar nicht politisch organisiert waren und eine Alternative zu den Grünen suchten, wurden enttäuscht.

'Viel Form – wenig Inhalt', auch der Name der Partei bleibt sehr im Allgemeinen. Bochum hat manche Chancen eines Neuanfangs (hoffentlich nicht endgültig) verthan.

Sabine Grasediek
Burkhard Gutleben
5960 Olpe



Global 2000

[illegible]

Kopf- und friedlos...

Das Liberale Zentrum Bonn hat eine Ausstellung unter dem Motto 'Kopf- und friedlos in die Katastrophe' zusammengestellt. Durch umfangreiches Bild-, Quellen- und Tabellenmaterial wird versucht, die Prognosen aus GLOBAL 2000 in gesellschaftlich-ökonomisch – politische Zusammenhänge zu stellen.

BOSS verläßt Dehler-Haus

Ursprünglich sollte das jährliche Treffen der Mitarbeiter der Zentralen Schulung der Friedrich-Naumann-Stiftung vom 26.-28. November, also teilweise parallel zur Gründung der Liberalen Demokraten stattfinden. Wenige Tage vor dem Termin wurde das Treffen jedoch kurzfristig abgesagt. In dem Ausladungsschreiben hieß es, daß wohl viele der Seminarleiter noch sehr unter den Eindrücken der vergangenen Wochen stünden, und man sich erst später wieder treffen werde, wenn Klarheit über die weitere Arbeit der Zentralen Schulung bestehe.

So kam es, daß sich rund 20 Seminarleiter dann doch am vorgesehenen Termin allerdings am Rande der Bochumer Konferenz

trafen. Beschlüsse konnten verständlicherweise nicht gefaßt werden, doch wurde deutlich, daß eine Reihe der bisherigen Dozenten angesichts der politischen Ereignisse keine Möglichkeit mehr sehen, weiterhin für die Zentrale Schulung zu arbeiten.

FDP und FNS-Führung haben mittlerweile die Schulung aus dem Dehlerhaus ausgegliedert und als Firma BOSS (Beratung, Organisation, Schulung und Service) privatisiert.

Mattscheiben-Durchbruch

Die Frankfurter Werbeagentur Heumann, Oglivy & Mather wirft der ARD und dem ZDF in einer Studie vor, ein zu anspruchsvolles Vorabendprogramm auszustrahlen.

... in die Katastrophe?

[illegible]

all dies wird eintreffen, morgen, morgen

vielleicht, vielleicht heute nacht schon, vielleicht

heute nacht. wenn -- wenn -- wenn ihr nicht **NEIN** sagt

Die Ausstellung bestehend aus insgesamt 10 Schautafeln (Vor- und Nachwort s. Abbildung) kann gegen eine Gebühr vom 25,-DM plus Versandkosten ausgeliehen werden. Anfragen an: LZ Bonn, Reuterstr. 185, 5300 Bonn 1.

das 'nur noch auf ein begrenztes Publikumsinteresse stößt'. Die Agentur möchte in der Zeit, wenn ihre Werbespots über den Bildschirm flimmern, weniger Informationen, dafür mehr seichte amerikanische Serien.

Auslöser solcher Studie ist die für einige mehr für andere weniger freudiger Tatsache, daß in den vergangenen fünf Jahren die tägliche Guckdauer vor der Mattscheibe um immerhin 16 Minuten auf jetzt 115 Minuten im Tagesdurchschnitt gesunken ist. Die Agenturen wissen, daß auch ihre Werbespots weniger Interesse finden. Die Frankfurter Werbeleute nennen dann auch ganz unmißverständlich ihr Ziel: Ein privates Fernsehen schaffe sicherlich einen Durchbruch für ihre Forderungen. So klar und deutlich trauen sich sonst nur wenige zu begründen, warum die Bundesregierung mit Minister Schwarz-Schilling an der Spitze der Verkabeler das Kommerzfernsehen durchsetzen soll.

Inaktive Jungdemokraten

Anfang der siebziger Jahre arbeiteten sie noch gemeinsam im Bezirksvorstand der Jungdemokraten in Südbaden:

Christian Klar war für die Schülerarbeit zuständig, Siegfried Pabst für die Organisation. Für beide brachte jetzt der Herbst erhebliche Veränderung. Klar, der bei den Jungdemokraten wegen Inaktivität aus der Kartei gestrichen wurde, ist nicht mehr meistgesuchter, sondern bestbewachter Terrorverdächtiger der Republik. Pabst, der mittlerweile wegen Inaktivität der Jungdemokraten nicht aus der Kartei gestrichen wurde, durfte im Dehler-Haus in das Büro direkt neben der Generalsekretärin Adam-Schwätzer einziehen. Zu Günter Verheugens Zeiten hatte H.-D. Genscher hier seine Bleibe im FDP-Hauptquartier.

Hotel „Burgau“

Besitzer: Dietmar und Ilse Görner

St. Vither-Str. 16

5108 Monschau/Eifel

Telefon: 02472/2120

Zimmer mit Dusche, WC, TV

Terrasse und Liegewiese

Rodelbahn

städt. Schwimmbad und Sauna (3 Min.)

Parkplatz am Haus

Dieses Haus im Stil und mit dem Komfort unserer Zeit ist bestens geeignet für Ihren Urlaub sowie für Ihre Seminare und Tagungen im gemütlichen Rahmen.

Übernachtung mit Frühstück ab 30,- DM, Preise für Halbpension, längere Urlaubsaufenthalte, Seminare und Tagungen auf Anfrage.

Freie Liste

R.W. Gries, Gallus

Payer, Dörner

R.L. Vetter

Htz. Bickler

Henschel, Hoffe

Nieders. Knirsch, Knirsch

MKW Müller, Laermann, Riemer

R.H. D. Rumpf

J.H. Rumpf

Jürgen Möllemann redet manchmal von Integration in seiner Partei. Die handschriftliche Empfehlung an seine Bundesparteitage delegierten, wer als Beisitzer für den Bundesvorstand zu wählen sei: Grüner, Gallus, Irmer, Vetter, Bialas, Hoffe, Kleinert, Hirche, Möllemann, Laermann, Riemer, Rumpf, Zumpfort.

Rechts davon stand niemand zur Verfügung.

Neuerscheinungen



Geschichte und Praxis ostpolitischer Jugendarbeit der Jungdemokraten



Entspannungspolitik gehörte für die Jungdemokraten schon zum politischen Alltag, als zwischen den Blöcken noch tiefster Kalter Krieg herrschte. Auf 140 Seiten wird diese praktische Entspannungspolitik mit ihren Problemen und Schwierigkeiten - u.a. am Beispiel von Kommuniqué-Verhandlungen dokumentiert. Preis: 5,00 DM

Dokumentation



Auf 100 Seiten werden die wichtigsten Beiträge der Konferenzen von Köln Frankfurt und Norderstedt dokumentiert. Preis: 3,50 DM

Wahlergebnisse

Fünf Frauen konnten sich bei den Wahlen für den Bundesvorstand der Liberalen Demokraten durchsetzen. Von den 710 Gründungsmitglieder waren allerdings nur 204 Frauen.

Die meisten Teilnehmer der Bochumer Veranstaltung haben die Wahlergebnisse nicht mehr mitbekommen. Da Stimmen kumuliert werden konnten, dauerte die Auszählung bis eine Stunde nach Veranstaltungsende. Neben Ulli Krüger als

Vorsitzendem und Michael Kleff als Schatzmeister gehören dem Vorstand an: Thilo Schelling (480 Stimmen), Hanspeter Knirsch (458), Renate Besser (413), Hanna Thum (380), Silke Gerigk-Groht (378), Ingeborg Conrads (297), Heinz Löffler (290), Rosemarie Kaschubowski (216), Friedrich Neunhöffer (199), Hanno Jochimsen (191) und John Williams (181). Im Gegensatz zu den Frauen sind die Jungdemokraten in diesem Vorstand unterrepräsentiert. Mehr als 30% der Gründungsmitglieder gehören den DJD an.



In Bochum gewählt: Besser, Schiller, Knirsch, Schuchardt, Gerigk-Groht, Williams (v. l.). Schuchardt und Schiller wurden Sprecher der Liberalen Vereinigung.

Beide Broschüren sind erhältlich bei:
Drucksachen Verlags-gmbH
Elbestr. 30
4630 Bochum
Preis plus 1,50 DM Versandkosten
bitte als Scheck beifügen

„...die Karre in den Dreck gefahren“

F. D. P.

Garant für Freiheit

Die F.D.P. hat entschieden – jetzt brauchen wir Ihre Zustimmung!

Auf unserem Parteitag in Berlin haben wir uns eindeutig entschieden:

- für Genscher, Lambsdorff, die bürgerliche Koalition und die Regierung der Vernunft,
- gegen Leistungsverweigerer, Aussteiger, Sozialromantiker, Marxisten mit falschem Parteibuch,
- gegen Weltverbesserer, die mit Herz, aber ohne Verstand die bundesdeutsche Karre in den Dreck gefahren haben.

Wir bekennen: die Wende hat uns einen Teil unserer Mitglieder gekostet. Deswegen ist es so wichtig, daß Sie jetzt Mitglied der F.D.P. werden. Zögern Sie nicht länger: wir brauchen Sie jetzt, damit wir auch nach dem 6. März 1983 Ihre Zukunft sichern können!

Coupon

Deutschland braucht die Liberalen nötiger denn je. Ich möchte Mitglied in der F.D.P. werden. Bitte senden Sie mir eine Beitrittserklärung.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

An den F.D.P.-Kreisverband Köln, z. Hd. Dr. Wolfgang Leirich und Dr. Wilhelm-Peter Winkler, Bismarckstraße 18, 5000 Köln 1.

F. D. P.

Garant für Vernunft

Folgt man den öffentlichen Beteuerungen Gerhart Rudolf Baums, dann hat sich in der FDP nach der Wende nichts Grundlegendes geändert. Wie diese "Kontinuität" in der Praxis aussieht, verdeutlicht die nebenstehende Anzeige, die von Baums eigenem Kreisverband Köln aufgegeben worden ist.

Nach den "eindeutigen Entscheidungen", derentwillen der Berliner Parteitag hier gerühmt wird – für die "bürgerliche Koalition", gegen "Sozialromantiker" und "Marxisten mit falschem Parteibuch" – nimmt es nicht wunder, daß auch in Köln klare Verhältnisse angestrebt werden: Das sozialliberale Aushängeschild Baum soll nach dem Willen des FDP-Kreisvorstandes nicht wieder in seinem bisherigen Kölner Wahlkreis nominiert werden. Die Parteiführung in Bonn hat diese Entscheidung mit Unbehagen aufgenommen, paßt sie doch vor dem 6. März nicht in ihr Wahlkalkül. Aber auch sie wird große Schwierigkeiten haben, die Kölner FDP-Gewaltigen Leirich und Winkler von ihrem rechten Kurs abzubringen.

Nein, "Weltverbesserer, die mit Herz, aber ohne Verstand die bundesdeutsche Karre in den Dreck gefahren haben," sollen nach Auffassung der Kölner FDP nicht einmal mehr das Gnadensbrot erhalten. Ob dies auch für die anderen FDP-Minister gilt, die an diesem "bundesdeutschen Karren" dreizehn Jahre lang an vorderster Stelle gezogen haben?

So ziemlich alles,
was unter der Rubrik
linksliberale Prominenz läuft,
warnte lauthals
vor der Neugründung einer Partei.
Doch die Basis
ließ sich nicht desorientieren.
Auch ohne und
gegen die Großköpfe wurde
gegründet. Zur Überraschung vieler
machten die Gründungsmitglieder
und der anschließend
gewählte Vorstand alles andere als
einen kopflosen Eindruck.



Die Qual der Wahl

Fast anderthalb Tausend stimmten in Bochum dafür, eine neue Partei zu gründen, nur die Hälfte entschloß sich sofort, Mitglied zu werden. Die andere Hälfte unterteilt sich in mehrere Gruppen. Die einen wollen 'den Startschwung der Gründungseuphoriker dämpfen, die unbedingt zur Bundestagswahl antreten wollen'. Sie achten darauf, daß in manchen Orten zwar Liberale Vereinigungen, jedoch noch keine Parteigliederungen gegründet werden, um zu demonstrieren, daß die organisatorischen Voraussetzungen für eine Wahlbeteiligung nicht vorhanden sind. Eine zweite Gruppe bleibt in der FDP, 'weil man sie von innen besser zerstören kann als von außen'. Eine dritte Gruppe will angesichts schlechter persönlicher Erfahrungen vor dem Eintritt erst das Programm der neuen Partei sehen.

Schließlich gibt es noch viele Linksliberale, die nicht in Bochum waren und bis zum 6. März in der FDP überwintern wollen. Sie hoffen, daß die Rechten nach einer vernichtenden Niederlage das Interesse an ihrem unbrauchbaren Machtinstrument FDP verlieren. Die Erfahrungen nach den Wahldesastern in Hessen und Hamburg (s.S. 14), aber auch das Durchziehen von Möllemann und Lambsdorff in der nicht mehr im Landtag vertretenen nordrhein-westfälischen F D P spricht gegen diese Hoffnung.

Auf einer Serie von Regionalkonferenzen

versucht derweil Generalsekretärin Adam-Schwätzer, die Basis auf den rechten Kurs zu bringen. Besonders schwer fällt ihr dabei die Begründung dafür, daß die FDP nun keinen Wahlkampf gegen Strauß machen darf. Zweiter ständiger Diskussionspunkt ist die Frage nach der zukünftigen Struktur der Parteijugendarbeit.

Die hastige Anerkennung der Julis ver-

**NIE WIEDER
WAHLEN
F.D.P.**

bittert das teilweise recht kämpferische Häufchen der in der FDP verbliebenen Jugendlichen. Erneut hat hier der FDP-Bundesvorstand der Entscheidung eines Bundesparteitages vorgegriffen. Diesmal sogar in einer Frage, die satzungändernde Qualität hat.

Unumstritten in der FDP ist, daß man zur nächsten Bundestagswahl antreten wird. Die Bestimmtheit mit der Genscher sich nach eigener Aussage an die Spitze der Bewegung für Neuwahlen am 6. März gesetzt hat, macht alle, die ihn kennen, skeptisch. Das sichere Durchfallen der FDP

legt eher die Position von Scheel und Mischnick nahe, die sich öffentlich gegen Neuwahlen aussprechen. Genscher weiß, daß er bei seinen Äußerungen in dieser Frage nicht umfallen darf. Auf wem seine Hoffnungen ruhen, weiß niemand. Aus mehreren Quellen ist bekannt, daß Genscher in Gesprächen am Rande der Trauerfeierlichkeiten beim Begräbnis von Breschnew erklärte, daß es keine Neuwahlen geben wird. Dies, so bekannte zum Beispiel eine Fanfani-Vertraute, habe Genscher dem italienischen Politiker als zweifelsfrei dargestellt.

Die Frage der Neuwahlen kann für diejenigen, die sich von Genscher abgewendet haben, um eine neue Partei zu gründen, zur Zerreißprobe werden. Die eine Hälfte der Liberalen Demokraten will auf jeden Fall zur Wahl antreten, die andere ist strikt dagegen. Die Kompromißformel, auf die man sich in Bochum vorübergehend geeinigt hat, lautet: Das Ziel besteht, zur Wahl anzutreten, aber die organisatorischen Voraussetzungen müssen vorhanden sein. Hinter diesem technisch begründeten Kompromiß stehen unterschiedliche politische Einschätzungen. Die einen sehen die Gefahr, daß bei einer Kandidatur nur den Grünen und der SPD Stimmen weggenommen werden, und ein Wahlantritt damit die absolute Mehrheit der CDU/CSU sichert.

Die andere Gruppe sieht langfristig nur eine Chance links von der CDU, wenn es

F.D.P. Liberalen

33. ordentlicher Bundesparteitag 5.-7. November 1982 Berlin



Der parlamentarische Exitus wird programmiert

Die sechs Punkte von Bochum

1. Wir, Teilnehmer der Konferenz "Die Zukunft der Liberalen" in Bochum am 28.11.82, gründen eine neue Partei.

2. Die neue Partei führt den Namen "Liberaler Demokraten".

3. Aufgabe der neuen Partei ist es, in unserem Land den Liberalismus als freiheitliche, demokratische und soziale Politik zu vertreten. Sie nimmt damit das von anderen ausgeschlagene Erbe von 1789 und 1848 auf, wie es in der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit seinen zeitlosen Ausdruck findet.

4. Gründungsmitglied der neuen Partei ist jeder, der dies hier und heute schriftlich erklärt. Darüber hinaus rufen wir alle zum Beitritt auf, die in unserem Land für liberale Politik arbeiten wollen.

5. Die neue Partei gibt sich die als Anlage beigefügte vorläufige Satzung.

6. Die neue Partei hat das Ziel, bei der nächsten Bundestagswahl zu kandidieren. Aufgabe der Landesverbände ist es, die organisatorischen Voraussetzungen durch die Aufstellung von Kandidaten zur Teilnahme an der nächsten Bundestagswahl zu schaffen.

Ein Bundesparteitag prüft rechtzeitig die Ergebnisse dieser Vorbereitungen und entscheidet endgültig über die Teilnahme an der Wahl.

für die SPD einen soliden Koalitionspartner gibt. Die Mobilisierung im Wahlkampf und die Wahlkampfkostenerstattung ermöglichen den Aufbau einer Parteistruktur. Schließlich könne man dafür sorgen, daß die FDP nicht mehr in den Bundestag einzieht. Letzteres Ziel dürfte allerdings die FDP mittlerweile auch ohne äußeres Zutun schon von selbst erreichen. Aber auch für den Aufbau einer Parteistruktur stehen die Chancen für die Liberalen Demokraten nicht schlecht.

Die Sozialstruktur der neuen Partei ist alles andere als jungdemokratenhaft, wie einige Kommentare unterstellten. Unter den Gründungsmitgliedern waren gleich 18 Hochschullehrer; Lehrer, Juristen und verschiedenen selbständige Berufe waren am stärksten vertreten. Das Durchschnittsbeitragsaufkommen beträgt weit über 10,-DM pro Monat. Als Arbeiter oder Arbeitsloser trug sich niemand auf dem Anmeldeformular ein. Die Liberalen Demokraten werden aufpassen müssen, wenn sie kein allzu elitärer Club werden wollen. Denn während auf der Konferenz in Bochum fast ausschließlich ehemalige FDP-Mitglieder dabei waren, stoßen jetzt bei den lokalen Gründungen bisher nicht politisch organisierte neue Mitglieder hinzu. Sie verstärken den Trend zu einer Akademikerpartei. In Aachen zum Beispiel hatten von 46 Gründungsmitgliedern sechs promoviert, zwei hatten sich habilitiert; in Wesel kandidiert Professor Confurius für den Vorsitz; in Bochum wurde der Rektor der Fernuniversität Hagen zum Sprecher gewählt.

Aber es gibt auch andere örtliche Gruppen der Liberalen Demokraten. In Mainz wurde die 22-jährige Marion Mück zur Vorsitzenden gewählt. Als ihr bei der Konteneröffnung der Mann hinter dem Schalter ihre Funktion als Parteivorsitzende nicht so recht glauben wollte, erklärte sie lächelnd: 'Mein Vater hat mir gesagt, wenn Dir 'was nicht paßt, dann mach' doch 'ne eigene Partei auf. Und das hab' ich jetzt gemacht.'

Bis Mitte Januar werden die erste Konsolidierungsphase der neuen Partei abgeschlossen sein, zwischen 70 und 100 örtlichen Gruppen existieren und die Bonner Bundesgeschäftsstelle in der Reuterstr.44 (direkt neben den DJD) eingearbeitet sein. Am 15./16. Januar werden die Liberalen Demokraten in Bonn ihren ersten ordentlichen Parteitag abhalten. Vielleicht brechen sie dann schon an der Frage der Wahlbeteiligung wieder auseinander. Vielleicht können sie die Frage herunterspielen und sich programmatisch profilieren und aus dem hohen Glaubwürdigkeitsbonus Kapital schlagen. Nach dem vorprogrammierten parlamentarischen Exitus der FDP entscheidet sich endgültig die Zukunftsperspektive der Liberalen. Langfristig denkende Sozialdemokraten wie Egon Bahr geben dann, im Gegensatz zu Brandt, Vogel und Glotz, dem neuen möglichen Bündnispartner der SPD eine Chance und baten deshalb William Borm, im Vorwärts die Notwendigkeit einer neuen Partei unter dem Titel zu begründen: "Warum ich vor dem Eintritt in die SPD warne".

"Eine fast perfekte Organisation mit 140 freiwilligen Helfern samt Kindergarten und Mittagessen." Dieses Kompliment macht Rolf Zundel der Organisatoren des Bochumer Kongresses in der ZEIT. Der Stern konstatiert Unterschiede zum Kongreß der Grünen: Hier Profi-, dort Amateurliga. Wie in Bochum hinter den Kulissen die Organisationsregie lief, hat kaum ein Teilnehmer gemerkt, wie immer, wenn fast alles klappt.

Robert Damman, zusammen mit Annette Kersting verantwortlich für die Organisation des Bochumer Kongresses, hatte Glück: Er trug Turnschuhe und konnte in einem 50-Meter-Spurt heil zur Gesamtschule zurückgelangen. Die Neonazis, die ihn verprügeln wollten, waren mit ihrer Lederkluft und ihren Kobelbechern zu lahm.

Sie hatten gerade den einzigen Zwischenfall des Kongresses provoziert, Flugblätter und einen Stuhl von der Empore der Gesamtschule in den Saal geschmissen. Robert Damman wollte nun auf dem Parkplatz schauen, ob die Teilnehmer wieder unbehelligt zu ihren Autos gehen können. Als er beschimpft wurde, weil er so unvorsichtig war, sich allein dort hinzuwagen, meinte er nur trocken: "Etwas Bewegung tat mir jetzt ganz gut." Annette Kersting hatte in der Zwischenzeit dicke Männer zur Sicherung in alle Türen gestellt. Als Robert Maier, der sich über die Aggression, die ihm und seiner Frau Ingrid hier entgegenschlug, geärgert hatte, maulte: "Hierfür sind Dir Sozialdemokraten gut genug", konterte sie, "Bud Spencer wäre mir jetzt noch lieber."

Mittags hatte Annette Kersting sich noch über die drei Kripobeamten geärgert. Sie hatten ihre Erkennungsmarken gezückt und waren in den Saal marschiert und erklärt, sie seien nur aus privatem Interesse da. "Dann hätten sie auch den Teilnehmerbeitrag bezahlen können." Jetzt organisierten sie blitzschnell Streifen- und Krankenwagen. Die Streifenwagenbesatzung konnte vier Verdächtige festnehmen und mit Zeugen des Zwischenfalls gegenüberstellen. Der Krankenwagen wurde nicht gebraucht. Die Teilnehmerin, die vom Stuhl getroffen wurde, war mit einer leichten Beule davongekommen.

Zwei Stunden später gingen in der Gesamtschule die Lichter aus. Die 1.400 Stühle waren wieder verladen, mehr als 30 Müllbeutel gebündelt, vier Autos mit Schreib-, Druck-, Heft- und Zusammentragmaschinen, hunderten Metern Verlängerungskabeln, dutzenden Klebebandrollen und hundert anderen Kleinigkeiten beladen. Beim Aufräumen wurden nur die frisch gewählten Vorstandsmitglieder etwas blaß. Die ausgefüllten Aufnahmeanträge der Liberalen Demokraten waren nicht zu finden. Kein Wunder, Annette Kopp, Chefin der Jungdemokraten-Lan-

Hinter den Kulissen der Bochumer Konferenz Plötzlich waren die Aufnahmeanträge weg

desgeschäftsstelle, hatte sie versteckt, damit sie in der Hektik nicht verloren gehen. Erleichtert packten Thilo Schelling und Michael Kleff die 721 Zettel ein und fuhren heim.

Die Frage, wie man es eigentlich formuliert, daß jemand Gründungsmitglied einer Partei werden will, die es logischerweise noch nicht gibt, wie die Stimmberechtigung geklärt wird, all dies waren in der Vorbereitung Fragen, die selbst für die Organisatoren neu waren. Kongreßerfahrung hatte man schon reichlich, aber eine Partei zu gründen, ist schon etwas schwieriger.

"Hiermit erkläre ich mich bereit, eine neue liberale Partei zu unterstützen und ihr beizutreten!", lautet schließlich die Formulierung. Wer sie unterschrieb, erhielt Stimmkarte und Zettel.

Der unbestrittene Star der Bochumer Konferenz war Gerd M. Achterberg. Der Rechtsanwalt aus Neumünster leitete und moderierte die Veranstaltung so souverän, daß auf der ersten Vorstandssitzung der Liberalen Demokraten zu später Stunde vorgeschlagen wurde, eine Satzungs-



Star in Bochum: Gerd M. Achterberg

passage aufzunehmen, wonach Bundesparteitage ungültig sind, wenn er sie nicht leitet. Doch zunächst schloß Gerd M. Achterberg um 14.30 Uhr die Konferenz des Liberalen Bildungswerkes.

Die Verantwortlichen hatten damit gerechnet, daß politische Gegner dem LBW Parteifinanzierung oder ähnliches vorwerfen werden. Die ganze Konferenz war deshalb über ein Sonderkonto abgewickelt worden, in Wattenscheid war ein gesondertes Organisationsbüro eingerichtet worden, und nun sollte auch die Trennung von der Parteiveranstaltung vollzogen werden. Ohne Atem zu holen, eröffnete dann Gerd M. Achterberg den ersten Parteitag der neuen Partei.

Die Befürchtungen der Verantwortlichen waren berechtigt, schon zwei Tage später war die Finanzierung des LBW Dis-

kussionsthema in der nordrheinwestfälischen SPD-Landtagsfraktion. Am Tag darauf meldete sich der für die Weiterbildungseinrichtung zuständige Mitarbeiter des FDP-Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Ihm wurde einfach angeboten, doch in den nächsten Tagen eine Zwischenprüfung durchzuführen. Wahrscheinlich nimmt er das Angebot an.

Auch diesmal, wie zuvor in Köln, Norderstedt und Berlin, hat sich der Kongreß durch Teilnehmerbeiträge und Spenden getragen. In Bochum belaufen sich Einnahmen und Ausgaben ziemlich exakt auf 35.000 DM.

Unfinanzierbar würden solche Kongresse, wenn sämtliche Arbeiten nicht unentgeltlich erledigt würden. Nur Außenstehende wurden bezahlt, der Feuerwehrmann bekam z.B. 24,- DM pro Stunde.



Kongreßorganisatorin Annette Kersting: "Bud Spencer wäre mir noch lieber"

Das Organisationsbüro war die vierzehn Tage vor dem Kongreß fast ständig mit fünf bis sechs Helfern besetzt. Aus Schleswig-Holstein hatten sich Michael Krause und Markus Meyer beim lokalen Organisationschef Martin Ruppert einquartiert, um mitanzupacken. Schließlich hatte Annette Kersting auch geholfen, den Kongreß in Norderstedt vorzubereiten.

Die Diplom-Sozialpädagogin hatte auch schon in Köln die Organisation entscheidend mitgestaltet. Mit einem vierzigseitigen Praktikumsbericht mit 400 Seiten Anlagen (Kongreßunterlagen, Presseberichte, Einsatzpläne für Helfer etc.) über die Organisation der Kölner Konferenz hat sie ihr Examen bestanden. Neu in Bochum war für sie die Videoanlage im Organisationsbüro, über die immer dann, wenn stupide Eintüt-, Stempel- oder Adressierarbeiten erledigt werden mußten, heiße Western liefen. Vielleicht dachte sie deshalb, als es kritisch wurde, an Bud Spencer.

Der Bundestag bald ohne Liberale?



Plädoyer für ein Verbleiben in der F.D.P.

Innerparteiliches Gleichgewicht wahren!

von Eckhard Behrens

Die Rückwirkungen des Koalitionswechsels auf die F.D.P. stellen die These von der politischen Eigenständigkeit dieser Partei in Frage. Muß sie sich in einem schmerzhaften Prozeß personell und – für den öffentlichen Eindruck – auch programmatisch verändern, um den Anforderungen der neuen Koalition gerecht zu werden?

Wenn man die Äußerungen vieler führender Befürworter des Wechsels zusammenhält, dann stellt man mit Erschrecken fest, daß sie fest davon überzeugt sind, die personelle Veränderung – die Abspaltung eines Flügels – gehöre gewissermaßen naturnotwendig, also unvermeidlich zu den politischen Folgen eines Koalitionswechsels. Die Veränderung der Partei wird bewußt in Kauf genommen – man tut nichts dagegen, ja man fördert diese Entwicklung.

Die These von der Eigenständigkeit des politischen Liberalismus sollte doch unterstreichen, daß die Ziele der Partei

durch Koalitionen nicht verändert werden – auch wenn immer klar war, daß ein Teil der Ziele der Partei mit dem einen und ein anderer Teil der Ziele der Partei mit dem anderen Koalitionspartner leichter durchzusetzen sein werde, weil Koalitionen Kompromisse erfordern.

Die Frage der Durchsetzbarkeit bestimmter Ziele macht die Entscheidung über Koalitionsfragen innerparteilich schwierig. In den legitimen Flügelkämpfen ist die Versuchung groß, mit Hilfe des "richtigen" Koalitionspartners die eigenen Ziele zu fördern und die des anderen Parteiflügels zu bremsen. Aber wo der Koalitionspartner als Großer Bruder in die innerparteiliche Auseinandersetzung geholt wird, wird der Keil zur Spaltung ange-setzt.

Machtpolitisch ist solch unsolidarisches innerparteiliches Verhalten nicht zu rechtfertigen, denn es schwächt die Partei in den unvermeidlichen Sachauseinandersetzungen mit dem neuen Koalitionspart-

ner. Der Mitglieder- und Wählerschwund stellt den Wert als Partner in der neuen Koalition in Frage: Verliert die F.D.P. die sozialliberal gesinnten Mitglieder und Wähler, dann ist ihr verbleibendes Wählerpotential weitgehend deckungsgleich mit dem liberalkonservativen Teil des Wählerpotentials der CDU. Diese hat – anders als die SPD – die Chance, durch Aufsaugen dieses Teils des F.D.P.-Wählerpotentials die absolute Mehrheit zu gewinnen. Wird die veränderte F.D.P. Opfer einer Umarmungstaktik der CDU/CSU werden?

Dieser Folge des Koalitionswechsels kann nur dadurch entgegengewirkt werden, daß die F.D.P. auf die Gefahren der Selbstamputation deutlich hingewiesen wird: Mit den ausgeschiedenen Mitgliedern geht die Glaubwürdigkeit der F.D.P. gerade für den Teil ihres bisherigen Wählerpotentials verloren, in den die CDU nicht einbrechen kann. Dieses für die CDU nicht erreichbare Wählerpotential macht die F.D.P. als Koalitionspartner – als Mehrheitsbeschaffer – für die CDU interessant.

Auf dem Berliner Bundesparteitag wurde versäumt, ausreichende Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Mitglieder- und Wählerschwund in absehbarer Zeit gestoppt werden kann. Im Augenblick erscheint es mehr als fraglich, daß

Die SPD peilt ein Zwei-Parteien-System an

von Hanspeter Knirsch

sich bald in allen Teilen der F.D.P. die Erkenntnis durchsetzen wird, daß es sehr unklug ist, wenn sich die kleine Dritte Partei aus Anlaß eines Koalitionswechsels nicht darum bemüht, das innerparteiliche Gleichgewicht zu wahren und den innerparteilichen Konsens in besonderem Maße zu pflegen. Der in der Öffentlichkeit bereits entstandene Eindruck einer weitgehenden personellen Veränderung der Partei wird es schwer machen, glaubwürdig zu vertreten, daß sich die eigenständig liberalen Ziele der Partei nicht verändert haben.

Schließlich kann ja auch kein Stopp der Programmdiskussion verfügt werden, nur um der Bewahrung der alten Ziele willen. Es gibt so viele neue, drängende politische Probleme, daß die Suche nach neuen Lösungen nicht aufgeschoben werden darf. Man kann zwar bezweifeln, ob bei dem veränderten Mitgliederbestand von der Partei noch politische Antworten gefunden werden, die das verschreckte Wählerpotential rasch genug zurückgewinnen können. Aber die Bearbeitung neuer drängender Probleme bietet sicher die größte Chance, die Unentbehrlichkeit einer liberalen Partei im Urteil ihres kritischen Wählerpotentials unter Beweis zu stellen.

Nachdem es durch ausgetretene F.D.P.-Mitglieder zu einer Parteineugründung gekommen ist, stellt sich die Überlebensfrage für die F.D.P. noch schärfer. Sie kann zwischen CDU/CSU und neuer liberaler Partei in langdauernde Existenznot geraten, auch wenn die neue Partei den Sprung in die Parlamente nicht schafft.



Gerhart Baum: in der FDP ohne Basis

Es gilt ja als ausgemacht, daß für zwei liberale Parteien in unserer politischen Landschaft nicht genügend Platz sei. Entweder verdrängt die eine die andere oder sie gehen beide unter. Jede muß sich deshalb entschließen und programmatisch und personell versuchen, das liberale Wählerpotential in seiner Gesamtheit anzusprechen.

Die semantischen Öffnungsversuche des Kanzlerkandidaten Vogel in Richtung Grüne und Alternative bei gleichzeitiger scharfer koalitionspolitischer Abgrenzung und die Wahlkreis- und Listenangebote an ehemalige FDP-Jungprominente deuten auf eine neue Strategie der SPD hin, die der Bundesgeschäftsführer Glotz so zusammenfaßt: "Wir suchen keine neuen Koalitionspartner, wir suchen neue Wähler."

So wundert es nicht, daß die SPD aus allen Rohren gegen die Gründung der "Liberalen Demokraten" schießt und dabei nicht nur den parteieigenen "Vorwärts" einsetzt.

Bis zum Berliner Parteitag der FDP fand man eine neue liberale Partei noch "interessant" und "diskussionswürdig".

Als die SPD dann merkte, daß es die Liberalen tatsächlich ernst meinten, schaltete sie um. Ihre kurzfristigen Ziele liegen offen zutage:

Sollten vorgezogene Bundestagswahlen stattfinden, peilt die SPD ein Zweiparteiensystem an und hält sich selbst offenbar für stark genug, die relative Mehrheit an Stimmen und damit die absolute Mehrheit an Sitzen im Bundestag zu erringen.

Diese Strategie ist jedoch kurzatmig und allein gekennzeichnet von dem Wunsch, möglichst umgehend wieder an die Tröge der Macht zurückzukehren.

- Sie läßt außer acht,
 - daß die inhaltlichen Differenzen in der SPD über die Lösungsvorschläge zum richtigen Weg durch die Strukturkrise unserer Gesellschaft spätestens nach dem Wahltermin wieder voll aufbrechen werden,
 - daß über die Hälfte der Wähler ein Mehrparteiensystem wünscht,
 - daß es die Grünen auch nach einer verlorenen Bundestagswahl weiter geben würde und sie auf absehbare Zeit als Koalitionspartner in den Ländern für die SPD nicht zur Verfügung stehen werden,
 - daß die FDP auf unabsehbare Zeit, wenn nicht für immer, als Koalitionspartner für die SPD ausscheidet,
 - daß die SPD für liberale Wähler durch Ingrid Matthäus, Günter Verheugen und Andreas von Schoeler nicht um einen Deut attraktiver geworden ist — eher das Gegenteil ist der Fall —
 - daß die Liberalen Demokraten mittelfristig wahrscheinlich der einzige, potentiell zur Verfügung stehende Koalitionspartner der SPD sein werden.

Die Raketenstationierung, der weitere Weg in der Energiepolitik und der Um-

gang mit Großtechnologien, die gerechte Bewältigung des Problems der knappen Arbeit und die Bewahrung liberaler Kultur und demokratischer Rechte — dies sind Fragestellungen, auf die die SPD konzeptionelle Antworten vorläufig wahrscheinlich gar nicht geben kann. Der ernsthafte Versuch, dies zu tun, würde sie



Die SPD mit Brandt, Rau und Vogel an der Spitze will keine neue Koalitionspartner, sondern neue Wähler, um stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Ihre Hoffnung: Wenn die kleineren Parteien an der 5%-Hürde scheitern, könnte sie wieder die Regierung stellen.

konzeptionelle Antworten vorläufig wahrscheinlich gar nicht geben kann. Der ernsthafte Versuch, dies zu tun, würde sie als Volkspartei, die auf dem Prinzip der proportionalen Verteilung der Zuwächse aufbaut, in tiefe Konflikte stürzen, die das Erringen eines Wahlsieges noch unwahrscheinlicher machen würden.

Die Mehrheit links von der CDU/CSU, von der Willy Brandt am Abend der Hessenwahl in der Bonner Runde schwärmte, ist parlamentarisch nicht vorhanden bzw. nicht handlungsfähig und mit einer Partei alleine auch nicht herzustellen.

Das Parteiensystem ist in Bewegung geraten. Immer mehr Wähler fühlen sich durch die vorhandenen Bundestagsparteien in ihren Wünschen, Ängsten und Interessen nicht vertreten. Neue Formationen sind erkennbar. Die SPD wird die Liberalen Demokraten zwar weiter behindern, aber nicht verhindern können.

Die Wirtschaftspartei hat abgewirtschaftet

Nachdem Genscher/Lambsdorff in Berlin die Wende exekutiert haben, wird nun in den Landesverbänden der neue Kurs durchgezogen. Während sich in Schleswig-Holstein die Sozial-Liberalen noch einmal behaupten konnten, setzte sich in den anderen Landesverbänden der Wirtschaftsflügel knallhart durch. Die Hoffnung einiger Sozial-Liberaler, die in der FDP bleiben, weil nach eventuell verlorenen Bundestagswahlen die Rechten kein Interesse mehr an dem Instrument FDP haben könnten, wird enttäuscht. Nach NRW im Frühjahr ist jetzt in Hessen und Hamburg der Rechtsruck nach verlorenen Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen am deutlichsten.

Der Parteitag zog auf's Land. Kiedrichman sucht im Autoatlas, es verbirgt sich in der Ritze. Vergeblich sucht der anreisende Delegierte die blau-gelben Hinweispfeile, die früher erste Einstimmung verbreiteten. Richtig beginnt der Ärger mit den fehlenden Parkplätzen. Später müssen laufend falsche Parker ausgerufen werden, Fertsch-Röver steht vor der Feuerwehr. Keine Fahne, kein Schild, man meint durch den Hintereingang in die bauernhausartige Halle einzutreten. Das einzige blau-gelbe Signal ist der Stimmblock. Mehr gibt's nicht. Vorbei die 2-3 cm dicken Antragspakete, Broschüren, Manifeste, Resolutionen, zwei magere Anträge wurden vorab zugesandt, lohnten das Porto nicht. Später wird man fünf Stunden brauchen, um sechs Dringlichkeitsanträge zu vervielfältigen und hat Schwierigkeiten mit der Verteilung. Keiner befaßt sich mit Politik, schreiben nur fest, was schon fest stand. Will dieser Parteitag überhaupt Politik? "Rien ne va plus."

Der Saal ist zu klein. Die Delegierten rangeln um die Plätze. Gerhard Wilkner — früher Fraktionsgeschäftsführer — degene-

riert zum bissigen Ordner. Auch für die Gäste ist zu wenig Platz im Hinterstübchen. Viele Delegierte sind übernachtigt vom endlosen Kandidatenkugeln, die Stimmung ist gereizt, die Luft morgens schon heiß und verbraucht.

Doch dann geht scheinbar alles glatt. Ein Präsidium wird ernannt und Eberhard Weghorn erweist sich noch einmal als fähiger Präsident. Gries hält eine Rede, die man schon mehrfach gehört zu haben glaubt. Er wird für seinen Opportunismus nach rechts später mehrfach auf die Schulter geklopft werden, besonders heftig von Mischnick (warum wohl?), aber er bleibt bewegungslos, ausgebrannt.

Dr. Wolfgang Gerhardt, der große Schweiger früherer Parteitage und durch Kungel vorab designierte Vorsitzende, rafft sich zu einer rhetorisch schwungvollen Rede auf. Danach versinkt er wieder in edles Schweigen, selbst wenn ein überflüssiger Antrag zur künftigen Vorstandsarbeit beraten wird. Ein Parteitag nur fürs Vortragen vorfabrizierter Formeln? Auch Gerhardt mit den üblichen Beschwörungen: Toleranz wahren! — Keine Kritik

üben? — Mehrheitsentscheidungen respektieren! — (die es nicht taten, sind längst nicht mehr im Saal) — auch falsche Entscheidungen tragen?, Koalitionswechsel müssen erlaubt sein! — Festhalten nach deutlicher Wählerabsage?

Überhaupt die Koalitionsfrage: Niemandem fällt auf, daß die Entscheidung vom 17. Juni nur für die Wahl am 26. September galt. Wie selbstverständlich und ohne Beschlüsse gilt dies nun fort am 6. März 1983, am 1. Dezember 1983 usw.. Und dies, obwohl auch bei der CDU inzwischen die Führung gewechselt hat und die FDP derzeit in gar keiner Koalition ist. Diese Frage aber ist nun in alle Ewigkeit entschieden. Das walte Zeiss.

Nach der Rede Gerhardts werden Redemeldungen gestattet. Redezeit und Diskussionsdauer wurden zuvor eingengt. Dies erweist sich in der Folge überraschend als Wohltat. 42 Redner melden sich, von denen die meisten nur immer dasselbe mit anderen Worten zu sagen haben. Diese ständigen Selbstbeschwörungen sind länger als fünf Minuten pro Nase längst nicht mehr zu ertragen. Da wird die Existenzangst, die diesen Landesverband quält, spürbar im Saal. Kaum einer blickt nach draußen. Namen wie Strauß, Dregger, Kohl fallen nicht. Schmidt wird gerade noch mal erwähnt, um nochmals den Dolch nachzustoßen. Aber es scheint



Landesparteitag in Hessen: Der große Verlierer Gries (links) gab den Vorsitz an den großen Schweiger Gerhardt (rechts) ab.



Walter Leisler Kiep, Sohn des Hamburger CDU-Bürgermeisterkandidaten, schaffte den Sprung in den hessischen Landesvorstand bereits nach zwei Jahren Mitgliedschaft in der FDP

halt wichtiger, von Schoeler noch einige Steine nachzuwerfen. Respektieren einer persönlichen Entscheidung? Nichts ist mehr möglich.

Mehrere beschimpfen die Presse wegen falscher Parteilichkeit. Der Wunsch nach Hofberichterstattung wird deutlich. Am

liebsten würde man Vorschriften erlassen, wie das Grundrecht der Pressefreiheit zu handhaben sei!

All dies macht eines deutlich: Diese Partei kapselt sich von der Öffentlichkeit ab. Der Verlust an Realitätssinn war schon länger spürbar. Man schafft sich eine eigene Realität, die vor allem durch viele Sprachregelungen aufrecht erhalten werden soll. Deshalb wird auch ein Antrag eingebracht und beschlossen, ein "Weißbuch" des Koalitionswechsels herauszugeben, festzuschreiben und endlich zu begründen, was längst Vergangenheit und unbegründbar bleibt. Selbstrechtfertigung vor wem? Vor der Partei natürlich, denn es plagt das schlechte Gewissen, und für die kommunalen Mandatsträger, wie in der Diskussion deutlich wird. Man erinnert sich ihrer als letzte Bastion, die es nun mit Weißbüchern gleichzuschalten gilt, einzugliedern in das Heer der Lemminge.

Dann Edith Strumpf mit offenem Visier. Sie sagt, was falsch gemacht wurde, wehrt sich vergeblich, in die Ecke gestellt zu werden, wo jeder hinkommt, der Selbstkritik äußert: Links von der Partei ist jetzt so viel Platz. Der Parteitag ist fast erleichtert, endlich zeigt sich ein Zipfel des Gegners, den man zu bekämpfen gekommen ist. In Wirklichkeit hat diese Partei noch nicht einmal mehr Gegner, weder im Innern noch draußen.

Am Ende der schier endlosen Diskussion führt Mischnick seinen neuen Stil

vor: Mit brüllenden Worten rennt er ein Phantom um. Auch er spricht nicht mehr von Politik.

Dann Kassenbericht zur Erholung. Schulden und Sparappelle, es geht auch finanziell nichts mehr. Dem Bericht hört keiner zu, wie sollte sich auch eine Wirtschaftspartei für Buchhaltung interessieren?

Die Wahlen bringen dann doch keine Überraschung. Die Umfaller Gerhardt, Wilke, Gries und Wagner werden wiedergewählt. Linderer geht wegen guter Kassenführung auch als linker Schatzmeister durch, nicht ohne Gegenkandidat versteht sich. Und Weghorn wird in der Stichwahl für Opportunität belohnt. Der Rest lohnt nicht. Ein junger Mann, der, erst zwei Jahre in der Partei, selbst sagt, daß er nicht mit einer Wahl rechnet, wird gewählt, weil er Kiep heißt. Dies ist das Ende von Politik.

Dieser Parteitag machte erschreckend deutlich: Die FDP ist in Hessen am Ende. Keine Vorkämpfer mehr, die Organisation zusammengebrochen, kein Geld und kein Ansatz für einen neuen Anfang. Wo sind sie geblieben, die großen liberalen Themen der letzten Jahre? Für Biblis kein Bedarf mehr, ebenso wenig für die Startbahn, und die Wiederaufarbeitung, schallende Ohrfeige für Hoffie, soll außerhalb des Landes gebaut werden.

Die Wirtschaftspartei hat abgewirtschaftet. Dies schreibt ein arbeitsloser Liberaler.

F.D.P. Hamburg

Mit Springer hoffnungslos vor der 5%-Hürde

Nach dem Austritt von ca. 400 Mitgliedern hat der Parteirechte Dr. Bialas den Landesverband Hamburg mit jetzt weniger als 1800 Mitgliedern zu Discount-Preisen gekauft. Die Frage ist nur: Kann der Facharzt mit Billigware umgehen?

Nachdem die Bialas-Boys in den Wahlversammlungen der Kreise zum Teil unter Androhung von physischer Gewalt für rechte Mehrheiten gesorgt hatten, ereignete sich auf der Vertreterversammlung, die die Landesliste für das Landesparlament zur Wahl am 19. Dezember wählt, mehr Komödiantisches als Liberales:

Um die vielen neuen Parteifreunde, die zu Delegierten gewählt worden waren, nicht zu überfordern, war vom rechten "Runderneuerer-Freundeskreis" den als zuverlässig angesehenen Delegierten eine Kungelliste dieses Gremiums schriftlich zugesandt worden. Zur Sicherheit übernahmen Königmacher der Liste das Präsidium der Versammlung. Sie hatten zu allererst die Kandidatenliste wegen der Parteiaustritte auf die Hälfte zu kürzen. Nachdem der Landesvorsitzende Brunn-

stein (neuer Spitzname: "Klaus der Umfaller") planmäßig auf den Spitzenplatz verzichtet hatte, um von seinen neuen Freunden auf Platz zwei gewählt zu werden, war der Weg für Bialas frei. Die Friedhofsruhe, die somit gesichert war, wurde nur von der letzten Linken im Landesverband, Maja Stadler-Euler, gestört, die — um Unklarheiten zu vermeiden — die Kungelliste noch einmal deutlich laut am Mikrofon vortrug.

Mit erheblicher Unterstützung der in Hamburg übermächtigen Springer-Presse (immerhin landete die Springer-Justitiarin Damm auf Platz sieben der Liste) wird momentan versucht, rechte Stimmung aufkommen zu lassen. Bis jetzt sieht es danach jedoch nicht aus: Einige Kreise haben sich faktisch aufgelöst und Umfrageergebnisse um die 2 %-Marke deuten an, daß die FDP in Hamburg ihrer bisher größten Niederlage entgegenseht. Hat sich die FDP wohl deshalb keinen Vorschuß auf die Wahlkampfkostenerstattung geben lassen?

Hans J. Günzl



Helga Schuchardt verließ nach 17-jähriger Mitgliedschaft die Hamburger FDP. Die übriggebliebene Partei fordert noch nicht einmal mehr einen Vorschuß auf die Wahlkampfkostenerstattung an

Exodus der Liberalen

Die Massenflucht aus der F.D.P. hält an

"Ich sehe keine Chance mehr für eine liberale Politik in der F.D.P.", dieser Satz wird in diesen Tagen tausendfach geschrieben. Die "Massenflucht" (Helga Schuchardt) aus der früheren liberalen Partei, beginnend nach dem hessischen Parteitagebeschluss zugunsten der CDU, sich vervielfachend nach Kanzlersturz und Koalitionssprengung und den – vorläufigen – Höhepunkt erreichend nach den beides sanktionierenden Beschlüssen des Berliner Parteitages, hält unvermindert an.

Hunderte von bislang Aktiven geben ihren Parteiausweis zurück und dezimieren damit die noch verbliebene Restsubstanz der F.D.P.. Zwar versucht inzwischen die Bundesgeschäftsstelle der Freidemokraten, die Austrittszahlen wendegerecht zu relativieren. Wende-Führer Hans-Dietrich Genscher sieht darin nur "Gewinn und Klärung" und sein Sprachrohr, Staatsminister Möllemann, freut sich gar, daß – "Gott sei Dank" – endlich "die störenden U-Boote" dem neokonservativen Koalitions-Wahlverein den Rücken kehren.

Diese inzwischen etablierte Art und Weise des Umgangs lieferte für viele den letzten Beweis, daß die Grenze der Toleranz überschritten und damit die künftige Grundlage für eine vernünftige Zusammenarbeit schon vorab zerstört sei. Das früher bestehende produktive Verhältnis von Wirtschaftsliberalen und Sozialliberalen in der F.D.P. ist durch einseitig ausgespielte Mehrheiten endgültig zerbrochen.

"Im Liberalismus sehe ich meine politische Heimat, für sie werde ich weiter kämpfen", so formuliert Bochums bisheriger F.D.P.-Kreisvorsitzender Ralf Bartz seinen Abschied von der Partei, deren Name zur beschmutzten Hülle geworden ist. Freidemokratische Bundesmanöver kann der Rektor der Fernuniversität Hagen nicht mehr mitverantworten, aber für liberale Politik will er weiter eintreten. Bartz wurde inzwischen Sprecher der Liberalen Vereinigung in Bochum. Mit ihm gingen drei der vier bisherigen Ratsvertreter der F.D.P.. Sie wollen, wie der alte und neue Fraktionschef Hanspeter Knirsch erklärt, "die alte Politik fortsetzen, allerdings unter neuem Namen." "Die Liberalen", so nennt sich die neue Ratsfraktion in einer der wenigen Ruhrgebiets-Städte, in denen die F.D.P. bislang überhaupt kommunal vertreten war.

Ob im Künstlerdorf Worpswede oder in der Bundeshauptstadt Bonn, in Peine bei Hannover oder in Ravensburg weit im Süden der Republik, überall wollen liberale Mandatsträger – oft ganze Fraktionen – ihren Überzeugungen auch treu bleiben, nachdem die F.D.P. "unter Mitnahme des Namens das Programm auf der Straße liegengelassen hat" (Schuchardt).

So auch in Wilhelmshaven an der Nordseeküste, wo die bisherigen Funk-

tionsträger der F.D.P. keine Chance mehr sehen, unter dem alten Namen "verlorengegangenes Vertrauen beim Wähler zurückzugewinnen." Nicht nur vier der fünf Kreisvorstandsmitglieder und vier von

fundamentalen Wechsel in Inhalt und Stil der Politik der F.D.P.. Daran können wir uns nicht beteiligen, denn dies sind nicht mehr die Inhalte, nach denen wir angetreten sind," heißt es bei den Liberalen. Wolfgang Latendorf, Bundesvorsitzender der Liberalen Arbeitnehmer, war zur Bundestagswahl 1980 auch F.D.P.-Direktbewerber im Wahlkreis des früheren sozialdemokratischen Sozialministers Herbert Ehrenberg. Bei der Landeslisten-Aufstellung kandidierte er gegen Detlev Kleinert,



Berliner Parteitag der FDP: "Neokonservativer Koalitions-Wahlverein"

fünf Stadtbezirksvorsitzenden, auch die drei liberalen Abgeordneten im Stadtrat verließen daher mit der Mehrheit der aktiven Mitglieder ihre bisherige Partei. Sie wollen weiterhin, so sagt der ehemalige Kreisvorsitzende Wolfgang M. Latendorf, "für den politischen Liberalismus auf der Basis der Freiburger Thesen, der Wahlaus-

einen der maßgeblichen Hintergrundarchitekten des fliegenden Wechsels zur Union und zu deren programmatischen Vorstellungen.

Nicht zu einer der anderen bestehenden Parteien, sondern zu einer Neugründung der Liberalen soll der Weg der Ausgetretenen jetzt führen.

Die meisten von ihnen sind bereit, den in Bochum unternommenen Versuch einer Wiederbelebung des organisierten Liberalismus "durch Neugründung einer liberalen Partei auf der Basis einer Fortentwicklung bisheriger F.D.P.-Programme zu wagen" (Latendorf). Sie appellieren darum auch an "die noch in der F.D.P. verbliebenen progressiven Liberalen", dieses Vorhaben mutig und aktiv zu unterstützen. Einem solchen Versuch ist weit mehr Erfolg zuzutrauen als einem Versuch, verlorengegangene Positionen in der F.D.P. wiederzugewinnen," meint Wolfgang Latendorf in Anspielung auf das Argument, nach einem Verweis in die außer-

Liberale Politik ohne F.D.P.-Parteibuch

sage 1980, des Liberalen Manifestes und der kommunalen Programmatik" eintreten. Latendorf, neuer Vorsitzender der Fraktion "Die Liberalen" im Stadtparlament, sieht gemeinsam mit seinen Fraktionskolleginnen, Christel Mühlens und Ehefrau Beate Latendorf, keinen zwingenden Grund, sein 1976 erstmals erworbenes und 1981 vom Wähler bestätigtes Ratsmandat niederzulegen. "An unserer liberalen Politik hat sich nichts geändert, aber die Wende in Bonn wurde zu einem

parlamentarische Opposition am 6. März 1983 könne es gelingen, die Genscher-Partei zu liberalisieren. Gerade deshalb will er den Kontakt zu den in der F.D.P. vorerst verbliebenen Liberalen aufrechterhalten: "Die kommen später."

Der Personalleiter eines Wilhelmshavener Unternehmens wehrt sich gegen den Vorwurf der Landes-F.D.P., ebenso zu handeln wie 1970 Mende bei seinem Übertritt zur CDU. "Die Mehrheit der Partei hat das Profil ausgewechselt, nicht wir. Das klare Wahlversprechen von 1980 wurde ins Gegenteil verkehrt. Und schließlich übertragen wir unsere Mandate nicht zu einer anderen Partei, sondern versuchen, bislang freidemokratische Politik unter neuem Namen inhaltlich fortzusetzen." Er meint, daß diese Argumente auch den liberalen Wählern einleuchten, die der F.D.P. in Hessen, Bayern und demnächst in Hamburg in Scharen davonlaufen. "Dieser Vorgang, der Wählerbetrug, sitzt so tief, daß zwischen Bundes- und Kommunalebene nicht gut unterschieden werden kann", sagt Latendorf. Er erinnert daran, daß der Berliner Parteitag mit seinen personellen und inhaltlichen Entscheidungen bewußt auf Ausgrenzung kritischer Liberaler angelegt war. "Nach Genscher kommt Lambsdorff", schätzt er die sich nun zementierenden Mehrheitsverhältnisse ein: "Das ist von Dauer."

Persönliche Glaubwürdigkeit nicht mehr durch altes Firmenschild belastet

Zu den vorübergehend Ungebundenen gehört auch der 22jährige Christoph Janker aus Ravensburg, bisher jüngster Kreisrat bei den Freien Demokraten und in seinem Landkreis dazu noch der einzige. Auch er wollte den Weg der Überläufer in Richtung CDU nicht mitgehen. 1978 mit 18 Jahren in die F.D.P. eingetreten, sah er damals "als junger Staatsbürger eine Chance, sich zu engagieren." Offenheit und Toleranz gegenüber neuen und unkonventionellen Ideen und Meinungen erwartete er gerade bei den Liberalen. Probleme mit Teilen der früheren eigenen Partei nahm er dabei schon immer in Kauf. Janker setzte sich für die konsequente Durchsetzung des § 218 ein, der eine soziale Indikation für Schwangerschaftsabbrüche vorsieht, die aber von den meisten baden-württembergischen Kreiskrankenhäusern nicht anerkannt wird. Er kämpfte im Kreistag auch dafür, daß sich der Kreis Ravensburg, wie andere Kommunen zuvor, zur atomwaffenfreien Zone erklären solle. Mit solchen Vorstößen entfernte sich Christoph Janker zwar immer mehr vom neuen bundespolitischen Profil der F.D.P., doch dafür konnte er auf die Unterstützung der Basis zählen, die ihn gewählt hatte. In Jugend- und Kirchenverbänden, als Sprecher der Schülerschaft und durch sein Engagement in

der Friedens- und Ökologiebewegung hatte er Anhänger gewonnen, die seine Ziele teilten. Seine Hoffnungen aber, diese in der F.D.P. durchzusetzen, waren dieser Basis immer weniger vermittelbar.

Nun, nach Christoph Jankers konsequentem Entschluß, hat sich dies geändert. Befreit vom Namen einer F.D.P., deren Identität sich in der "Wende" grundsätzlich gewandelt hat, sind die Wähler und ihr Mandatsträger wieder näher zusam-

mengerückt. Die Gefahr, durch bundespolitische Machenschaften einer Parteiführung die persönliche Glaubwürdigkeit zu verlieren, besteht nicht mehr. Auch Christoph Janker will sein Mandat als Kreisrat weiter ausüben. Er will diejenigen unterstützen; "die jetzt versuchen, eine neue linksliberale Gruppierung zu bilden." Denn "umspringen" zu einer bestehenden Partei, darin sieht er keine lohnende Alternative.

Kriegsdienstverweigerung im Bundestag

Das lästige Gewissen

von Harald-Dörig

Mit einem im Schnellverfahren vereinbarten Gesetzentwurf will die christlich-freidemokratische Koalition in Bonn das Recht auf Kriegsdienstverweigerung novellieren. Am 26. November fand bereits die erste Lesung im Deutschen Bundestag statt. Innerhalb von vier Wochen soll das Gesetz beraten, beschlossen und verkündet werden. Die Verbände der Kriegsdienstverweigerer, die Kirchen, Gewerkschaften und Jugendverbände haben gegen den Inhalt der Novelle und das zur Verabschiedung vorgesehene Verfahren bereits protestiert. Für die liberalen Drucksachen nimmt der stellv. Vorsitzende der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, Dr. Harald Dörig, zu dem Gesetzentwurf Stellung.

"Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden" – so lautet Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes. Und in Artikel 12 a, Absatz 2 heißt es weiter: "Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf."

Diese zum Schutz der Kriegsdienstverweigerer in das Grundgesetz aufgenommenen Verfassungsgrundsätze haben seit dem Amtsantritt des Verfassungsministers Zimmermann offenbar ihre Gültigkeit verloren. Denn ein der Militärpolitik lästiges Gewissen soll nach dem Gesetzentwurf der neuen Koalition zukünftig durch einen auf 20 - 24 Monate verlängerten und auch im übrigen "lästigeren" Zivildienst bestraft werden. Die Koalition hofft, daß eine gleichheitswidrige Verschärfung des Zivildienstes potentielle Kriegsdienstverweigerer abschreckt und von ihrer Gewissensentscheidung Abstand nehmen läßt.

Der neue Familienminister Dr. Heiner Geißler hatte bereits im Jahre 1960 in seiner Dissertation über Kriegsdienstverweigerung erkannt: "Gerade der psychische Zwang, also vor allem die Androhung von Nachteilen, wird eines der wirksamsten Mittel sein, mit denen der Staat gegen Kriegsdienstverweigerer vorgehen kann." Seinerzeit wandte sich Geißler aus eben diesem Grunde aber noch gegen eine "gleichheitswidrige Verschärfung" des Zivildienstes, da sie viele Kriegsdienstver-



Harald Dörig

weigerer dazu bringen könne, sich über ihre Gewissensbedenken hinwegzusetzen. Schon Werbekampagnen von Bundeswehroffizieren in Schulen hielt Geißler seinerzeit für bedenklich, die suggerierten, Kriegsdienstverweigerer hätten in unserem Staat keine Chancen. Denn Schutzgehalt der Gewissensfreiheit sei, daß ein Kriegsdienstverweigerer nicht unter einen Druck gesetzt werde, der ihn "zur Sünde gegen sein Gewissen" bringen könnte.

Diese Überzeugungen wurden mittlerweile über Bord geworfen. Aber nicht nur von Christdemokraten, sondern auch von den Freidemokraten. Mit offenkundiger

Peinlichkeit liest sich heute die Erklärung der FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer im Freien-Demokratischen-Pressedienst vom 18. März 1981, wo Frau Adam-Schwaetzer betonte: "Die Verlängerung des Zivildienstes auf 20 bis 24 Monate bei Wegfall des mündlichen Anerkennungsverfahrens stellt eine unzumutbare Verschlechterung der derzeitigen rechtlichen Situation dar und ist für die F.D.P. nicht annehmbar." Heute steht die Unterschrift von Frau Adam-Schwaetzer und die der FDP-Bundestagsfraktion unter einer Vereinbarung mit genau dem zuvor abgelehnten Inhalt. Einen gewissen Unterschied hat die neue Vereinbarung allerdings doch: Die Gewissensprüfung wurde nicht abgeschafft. Vielleicht rechtfertigt sich von daher das Abweichen von der früheren Beschlußlage ...

Das neue Verfahren

Nach dem neuen Anerkennungsverfahren sollen die Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zunächst durch den Filter des Bundesamtes für Zivildienst gehen. Dabei sollen eindeutige Fälle anerkannt oder abgelehnt werden. Die zweifelhaften hingegen sollen weiterhin an Prüfungsausschüsse weitergeleitet werden. Damit trifft die erste, aber wei-

Der Autor dieses Beitrages, Harald Dörig, hat über das Thema

Gewissensfreiheit und Diskriminierungsverbot als Grenzen einer Neugestaltung des Zivildienstes nach Art. 12 a Abs. 2 GG,

eine verfassungsrechtliche und rechtsvergleichende Untersuchung,

promoviert. Seine nun besonders aktuell gewordene Dissertation ist in der Wissenschaftlichen Reihe der Friedrich-Naumann-Stiftung 1981 (Baden-Baden) veröffentlicht worden

Die Arbeit enthält ferner eine Darstellung der Regelungen der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes in den Staaten des Europarates, die die aktuellste im deutschsprachigen Raum seit Jahren darstellt.

chenstellende Entscheidung über die Beurteilung eines KDV-Antrages ein Beamter des Bundesamtes für Zivildienst. Dieser ist weisungsabhängig und mit der dankbaren Aufgabe betraut, rund um die Uhr über täglich Dutzende von KDV-Anträgen zu entscheiden. Als Qualifikation für diese Aufgabe wird nur die übliche Verwaltungslaufbahn mit der Inspektorenprüfung gefordert, nicht etwa juristische, soziologische oder psychologische Fachkenntnisse.



Zivildienstleistender im Altersheim: "grundgesetzlich geschützte Gewissensentscheidung mit Sanktionen bedroht"

Der Verwaltungsbeamte kann einen KDV-Antrag schon dann ablehnen, wenn er nicht ausführlich oder persönlich genug begründet ist, wobei man sich fragt, wie 60.000 Anträge im Jahr so persönlich abgefaßt sein können, daß es keine Übereinstimmungen mit anderen gibt. Der Antrag kann auch dann schon in diesem ersten Durchgang abgelehnt werden, wenn er dem Beamten nicht schlüssig erscheint. Dagegen ist nur noch die Klage vor dem Verwaltungsgericht möglich mit einer Instanz. Dann ist die Rechtswegegarantie bereits erschöpft.

Ist der Antrag des Verweigerers zwar vollständig, persönlich und schlüssig, hat der Beamte aber dennoch Zweifel an der Wahrhaftigkeit des Antragstellers, so leitet er den Antrag an den bekannten Prüfungsausschuß weiter, der das alte Verfahren der mündlichen Gewissensprüfung durchführt. Nach welchen Gesichtspunkten das Bundesamt wie viele Anträge an den Prüfungsausschuß rüberschiebt (u.U. wegen Überlastung des Bundesamtes) können die Antragsteller keiner verwaltungsgerichtlichen Kontrolle unterziehen. Sie haben sich dem Prüfungsausschuß alter Provenienz zu stellen und ihm die hinreichende "Sicherheit" einer echten Gewissensentscheidung zu vermitteln. Dabei wurde die Position des Verteidigungsministeriums im Prüfungsausschuß gestärkt, indem ein ehrenamtlicher Beisitzer gestrichen und gleichzeitig dem Vorsitzenden eigenes Stimmrecht übertragen wurde. Soweit der Kern der "Reform".

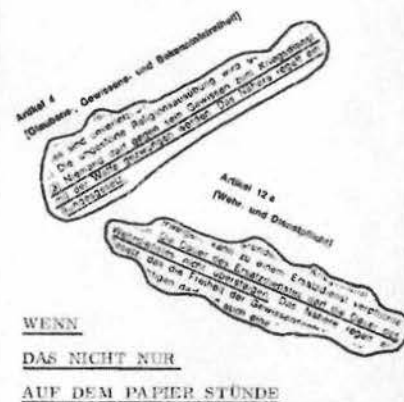
Die Position der Betroffenen

Die Verbände der Kriegsdienstverweigerer, insbesondere deren Zentralstelle,

haben bereits energisch gegen den Gesetzesentwurf protestiert. Sie halten die Gesetzesnovelle für schlicht verfassungswidrig, da sie eine grundrechtlich geschützte Gewissensentscheidung mit Sanktionen bedroht. Die KDV-Zentralstelle wird einem

Grundgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland



Deutsche Jungdemokraten

Die Broschüre ist bei den DJD NRW, Woringer Str. 82, 4000 Düsseldorf, erhältlich

der ersten von der Neuregelung betroffenen Kriegsdienstverweigerer Rechtsschutz zur Durchführung einer Verfassungsbeschwerde gewähren. Im übrigen wird sie Anfang 1983 einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Gewissensprüfung vorlegen. Dabei erwartet sie Unterstützung nicht nur von den Kirchen, Gewerkschaften und Jugendverbänden, sondern auch von den freisinnigen Liberalen, die sich in Liberalen Vereinigungen zusammengeschlossen haben.

William Borm zur Kohl-Reise in die USA:

Souverän oder servil

Die journalistischen Geburtshelfer der konservativen Bundesregierung überbieten einander: Die Antrittsmeldung von Bundeskanzler Kohl in Washington sei ein politischer Erfolg hohen Wertes für die Bundesrepublik Deutschland, das Atlantische Bündnis sei "restauriert", die Einbettung in das von den USA partnerschaftlich zu führende westliche Bündnis bestätigt.

Die journalistischen Geburtshelfer der konservativen Bundesregierung überbieten einander: Die Antrittsmeldung von Bundeskanzler Kohl in Washington sei ein politischer Erfolg hohen Wertes für die Bundesrepublik Deutschland, das Atlantische Bündnis sei "restauriert", die Einbettung in das von den USA partnerschaftlich zu führende westliche Bündnis bestätigt.

Wir erinnern uns! Mindestens seit Antritt der Reagan-Administration ist von echter Partnerschaft zwischen den USA und Westeuropa zunehmend weniger zu verspüren, wohl aber von Alleingängen der USA, ohne die Europäer vorher auch nur in Kenntnis zu setzen, geschweige denn sie zu konsultieren. Das gilt für die Zinshöhe in den USA mit allen negativen Folgen für den Welthandel, es gilt für die Produktionsentscheidung zugunsten der Neutronenbombe, für die Lieferung größter Mengen Getreides an die Sowjetunion und – dem widersprechend – für die Verhängung eines Embargos auch gegenüber europäischen Firmen, soweit sie am Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion beteiligt sind. Die Rechtfertigungsversuche für die Weizenlieferungen wirken eher peinlich als überzeugend. Die sozial-liberale Regierung unter Bundeskanzler Schmidt reagierte denn auch entsprechend reserviert.

Die USA geben ihre Selbstherrlichkeit keineswegs auf. Geändert aber hat sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland unter christlich-konservativer Führung. Diese Kursänderung der neuen Bundesregierung wir evident auf einem Gebiet, das bisher wenig Beachtung gefunden hat, obgleich die höchste Alarmstufe ausgelöst werden müßte. Es geht um den Preis, den Präsident Reagan für die Aufhebung des Embargos beim Röhrengeschäft mit der UdSSR fordert. Es fällt schwer, schon das Embargo anders zu kennzeichnen, als was es in Wahrheit ist: ein Erpressungsversuch an den Europäern, um sie auch ökonomisch vor den eigenen Karren weltpolitisch orientierter Machtpolitik zu spannen. In die gleiche Richtung zielen die ständigen Angriffe gegen die den europäischen vitalen Interessen entsprechende Entspannungspolitik. Einer solchen Politik entspricht das Prinzip des gegenteiligen Nutzens. Zudem, je enger die Zusammenarbeit auf möglichst vielen nichtmilitärischen Gebieten sich ge-



Kohl verneigt sich vor Reagans Ehefrau Nancy: "Kritikloses Andienen hilft nicht weiter."

staltet, taucht – ganz natürlich – die Frage auf, ob bei drohenden Konfrontationen der jeweilige Schaden nicht wesentlich schwerer wiegt als der beiderseitige dauerhafte Nutzen aus der Zusammenarbeit.

Hier scheiden sich die Geister: Den Europäern muß im Interesse des friedlichen Nebeneinanders an Normalisierung im Verhältnis zum benachbarten europäischen Osten gelegen sein. Für die Weltmachtinteressen der USA hingegen gilt auch im Verhältnis zu ihren europäischen Verbündeten, daß, je weniger Alternativen diese Verbündeten haben, sie desto unbedingter auf die USA angewiesen sind. Wobei zu bedenken ist, daß eine Position ohne Alternative seit je die schlechteste aller Möglichkeiten ist.

Dies vorausgeschickt, ist festzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland durch den amtierenden Bundeskanzler in bedenkliche Nähe zur Alternativlosigkeit geriete, wenn Reagans Absicht verwirklicht würde. Reagan verlangt nämlich als Preis für die Aufhebung des Embargos im Zuge des Röhren-Gas-Geschäftes nicht mehr und nicht weniger als eine "gleichgeschaltete" restriktive Handels- und Finanzpolitik mit dem Osten, lies mit der UdSSR. Wir begäben uns dadurch freiwillig der Möglichkeit, den Handel mit Moskau zum gegenseitigen Vorteil – wir haben zwei Millionen Arbeitslose – auszuweiten, zu intensivieren, zu einem den Frieden in Europa fördernden Politikum zu entwickeln.

Als weitere Folge der Bereitwilligkeit

des Bundeskanzlers, auf die Wünsche der USA einzugehen, wurde dem europäischen Einigungsprozeß, der sich ohnehin schon mühsam genug hinschleppt, ein weiteres Hindernis in den Weg gelegt. In erster Linie Frankreich weigert sich energisch, aber neben ihm noch andere Staaten, sich von den USA in Umfang und Methoden des eigenen Osthandels hineinreden zu lassen. Die berechnete französische Kritik an Bundeskanzler Kohl ist ungewöhnlich hart: Kohls Haltung gegen-

über Washington sei "unterwürfig" und weiter wörtlich: "Wenn andere Europäer sich in dieser Sache den Amerikanern zu Füßen werfen – wir nicht."

Die Aufnahme des Bundeskanzlers Kohl in Washington mag ihn ob der Herzlichkeit erfreut haben, er sollte aber nicht vergessen, daß er nicht mehr Oppositionsführer ist, sondern daß er neue Verantwortung für sein Land und infolge dessen Bedeutung auch für Europa trägt, eine Tatsache, deren sich sein Vorgänger im Amt stets bewußt war. Man wird leicht mit offenen Armen aufgenommen, wenn man als Morgengabe freigiebig Geschenke verteilt und wenn man die Wünsche des Gastgebers zu erfüllen bereit ist, selbst dann, wenn sie den eigenen Interessen zuwiderlaufen. Eine dauerhafte Grundlage für störungsfreie gute Beziehungen wird dadurch nicht geschaffen.

Für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch für alle westeuropäischen Staaten, ist ihr Verhältnis zu den USA zwar überaus wichtig, hat aber nicht Priorität. Priorität hat das Verhältnis untereinander mit dem Ziel einer gemeinsamen politischen westeuropäischen Identität. Hier allein liegt die Basis und die Möglichkeit zu gleichberechtigter störungsfreier Partnerschaft mit der militärischen Vormacht des westlichen Lagers, den USA. Emotionale Aufwallungen oder gar kritikloses Andienen helfen nicht nur nicht weiter, sie schaden nachhaltig. Die in der neuen Bundesregierung Verantwortung tragen, auch sie sollten es wissen.

Zwischen Wut und Frust

Legalisierungsverhandlungen sind am Senat gescheitert / von Rüdiger Pieper

Vor wenigen Monaten noch war das Thema "Hausbesetzungen" in aller Munde. Kaum eine Woche verging, ohne daß die Medien über die instandbesetzten Häuser in Berlin, über die "neue" Jugendbewegung oder über die Wohnungspolitik berichteten. Dies alles scheint nun vergessen zu sein.

Dabei gibt es in Berlin noch immer fast 120 instandbesetzte Häuser, stehen immer noch tausende von Wohnungen und hunderte von Häusern leer, hat sich an der Wohnungsbau- und Sanierungspolitik praktisch nichts geändert.

Für die liberalen brucksachen zeichnet Rüdiger Pieper, Berliner Jungdemokrat und selbst an einer Hausbesetzung beteiligt, die langwierigen Verhandlungen um eine Legalisierung der besetzten Häuser bis heute nach. Er fragt nach Möglichkeiten und Grenzen außerparlamentarischer Bewegungen.

Auf dem Höhepunkt der Instandbesetzungswelle im Winter 80/81 waren mehr als 160 leerstehende Häuser überwiegend von Jugendlichen besetzt worden. Die Regierungskrise in Berlin, aber auch das Problembewußtsein und die Unterstützung durch breite Teile der Öffentlichkeit führten dazu, daß zunächst kaum geräumt wurde. Es entstand die sogenannte "Berliner Linie": Ein Haus sollte nur dann geräumt werden, wenn das Neu- oder Umbauvorhaben finanziell und rechtlich abgesichert war und mit den Arbeiten sofort begonnen werden konnte.

Die "Bewegung", so unterschiedlich sie war und ist — von Anarcho-Spontis, Grünen, Traditionalisten bis hin zu Jungdemokraten — bewies damals, daß auch andere als die gewohnten Formen von Politik möglich und erfolgsversprechend sind. Die Proteste von Bürger- und Mieterinitiativen gegen Wohnungsleerstand und Kahlschlagsanierung hatten zuvor zu nichts geführt, abgesehen vielleicht von leeren Versprechungen. Jetzt kamen junge Leute, die nicht darauf warteten, daß Politiker auf Proteste und Initiativen reagierten,

und nahmen die Dinge selbst in die Hand. Sie gingen einfach in die Häuser hinein, um deren Erhaltung die Initiativen lange gekämpft hatten, versuchten, die Bausubstanz der Häuser zu retten und sie wieder wohnlich einzurichten. Nun auf einmal, als nach der Räumung eines Hauses durch



Alternative Sanierung: "Versuch, die Bausubstanz zu retten"



Hausbesetzer und Staatsgewalt

die Polizei Leute auf die Straße gingen und Steine flogen, waren auch Regierung und Parteien zu Veränderungen bereit, versprachen eine andere Sanierungspolitik mit stärkerer Beteiligung der Bürger.

Doch die Versprechungen hielten nicht lange. Nach dem Regierungswechsel im Rathaus Schöneberg häuften sich die Polizeieinsätze, die schon zu Zeiten des Regierenden Bürgermeisters Vogel nicht gerade zimperlich waren. Vorsichtige Vertragsverhandlungen, die während der letzten Wochen des SPD/F.D.P.-Senats fast zur Legalisierung einiger Häuser geführt hatten, wurden nun durch ein Räumungsumsturz des von "liberalen"

Abgeordneten mitgewählten Innensensors Heinrich Lummer zunichte gemacht. Das Feldherrengehebe des CDU-Politikers bei der Pressekonferenz in einem frisch geräumten Haus trug schließlich in erheblichem Maße zum Tod eines jungen Demonstranten am 22. September 1981 bei.

Die Besetzer reagierten mit dem Abbruch der intern schon seit langem geführten Diskussionen darüber, ob mit dem Senat und den Hauseigentümern verhandelt werden sollte, um die Häuser durch Verträge zu legalisieren. Mit dem "Schweinesystem" zu reden ergäbe sowieso keinen Sinn, den Versprechungen und Reden der Politiker könne doch nach den bisherigen Erfahrungen niemand mehr Glauben schenken, argumentierten die einen. Nur durch eine vertragliche Lösung könne verhindert werden, daß ein Haus nach dem anderen durch die Polizei geräumt würde und so die bisher geschaffenen Freiräume vernichtet würden, sagten die anderen. Die Bewegung stand kurz davor, sich zu spalten und schaffte es dennoch — trotz fehlender Organisation und Strukturierung — sich wieder zu einigen. Die Verhandler sollten verhandeln, die Nicht-Verhandler wollten das Ergebnis abwarten.

Die skandalgeschüttelte Neue Heimat fand sich als Eigentümer von 29 besetzten Häusern schließlich bereit, über eine Gesamtlösung für alle ihre besetzten Häuser zu verhandeln, die Grundvoraussetzung für Verhandlungen überhaupt.

Auf Besetzerseite wurden daraufhin



Geräumtes Haus: "vandalenartige Polizeieinsätze"

Vertragsmodelle diskutiert, Selbstverwaltungsformen entwickelt, ein "Förderverein selbstverwalteten Wohnens" gegründet und eine alternative Sanierungsgesellschaft, "Netzbau GmbH", ins Leben gerufen. Die "no-future"-Generation schaffte es, wenn auch mit der Unterstützung von Paten und Experten, die nötige Infrastruktur zu errichten.

Senat und Polizei begleiteten die Verhandlungen auf ihre Weise. Der Innensenator sorgte durch markige Sprüche und Drohungen, wüste Beschimpfungen und vandalenartige Polizeieinsätze dafür, daß der militante Teil der Bewegung immer wieder Anlaß bekam, seine Wut gegen den Staat auszuleben. Durchsuchungen endeten oft in reinen Verwüstungen, Stereoanlagen wurden zerstört, Lebensmittel zertreten, Fotoapparate von Polizeibeamten gestohlen und Verfahren gegen einzelne Besetzer wegen nichtigster Gründe eingeleitet.

Ende Oktober dieses Jahres schienen die Verhandlungen zwischen der Neuen Heimat und den Besetzern von 29 NH-Häusern trotz aller Schikanen zu einem erfolgreichen Ende zu kommen: 26 Häuser sollten legalisiert werden und Erbpachtverträge erhalten. Als es nur noch um die Höhe der monatlichen Zahlungen ging, ließ der Senat urplötzlich zwei dieser 26 Häuser räumen. Die Neue Heimat wußte zuvor von nichts und die Begründung war mehr als fadenscheinig: Weil einem Hausbesucher von einem Besetzer angeblich DM 50,- gestohlen worden waren, hatte der Innensenator das verhandlungswillige Haus zu einer "kriminellen Fluchtburg" erklärt, die kompromißlos geräumt werden müsse. Der CDU-Senat blieb auch hart, als wenige Tage später die geräumten Besetzer und die Neue Heimat einen Legalisierungsvertrag schlossen und die Besetzer nun praktisch legal in "ihr"

Haus hätten zurückkehren können. Die Regierung erklärte den Vertrag für ungültig, da die vereinbarte Miete zu niedrig an-



Rüdiger Pieper ist stv. Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten

gesetzt sei. Der angeblich an einer friedlichen Lösung so interessierte Senat sorgte damit für das Scheitern der Verhandlungen.

Wie es weitergeht, weiß im Moment so recht niemand, außer denjenigen Politikern allerdings, die am liebsten gleich alle instandbesetzten Häuser räumen lassen würden. Die "Berliner Linie" ist zu den Akten gelegt. Eine bestimmte Anzahl durchgeführter Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren, vermeintliche Seuchengefahr und Baufälligkeiten reichen nun zur Räumung aus.

Die Bewegung ist wieder auf Nicht-Verhandlungskurs. Die Militanten fühlen sich in ihren Einschätzungen bestätigt, die Verhandler sind frustriert. Die geschaffene Infrastruktur soll aufgelöst werden.

Freuen dürfte sich darüber wohl nur der CDU-Senat.

Die Bewegung scheint —jedenfalls im Moment — gescheitert zu sein. Gescheitert einmal deshalb, weil die organisierte Illiberalität wieder Morgenluft schnuppert. Doch das ist nicht der alleinige Grund. Wer mit seinen politischen Aktionen bis an die Grenzen dessen geht, was die bestehenden Gesetze erlauben, wer "bürgerlichen Ungehorsam" nicht nur für legitim hält, sondern ihn auch praktiziert, darf nicht erwarten, daß der Staat ihn mit Samthandschuhen anpackt. Diese Erfahrungen mußte die Anti-Aufrüstungsbewegung in den fünfziger Jahren machen, die APO ebenso wie die ersten Hausbesetzer im Frankfurter Westend und die Anti-AKW-Bewegung. Daß kritische Bürger nicht nur von CDU-Regierungen diskriminiert und kriminalisiert werden, sondern auch von sozialliberalen Regierungsbündnissen und liberalen Innenministern, ist bekannt. Deshalb die politische Überzeugung zu ändern und auf für richtig erkannte Aktivitäten zu verzichten, ist sicherlich der falsche Weg.

Die Instandbesetzer haben jedoch den Fehler begangen, sich zu sehr auf sich selbst zu beschränken. Auch soziale Bewegungen können nur dann erfolgreich Veränderungen herbeiführen, wenn sie die Öffentlichkeit für ihre Ziele einnehmen und Verbindungen herstellen zu anderen politischen Kräften. Eine Bewegung hingegen, die defensiv vorgeht und nur den bisher erreichten Besitzstand, nämlich die besetzten Häuser, verteidigen will, hat keine Zukunft mehr. Solange Instandbesetzer sich für eine andere Sanierungspolitik einsetzen, solange sie nicht nur für sich, sondern auch für andere Bürger Aktionen machen, für solche, die sich nicht trauten oder dies aus ihrer Situation heraus nicht konnten, solange konnten sie auf die Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit bauen.

Teile der Bewegung haben dies inzwischen erkannt. Ob sich dies in praktische Politik umsetzt und die ursprünglich Verhandlungswilligen nach einer "Schamfrist" zurück an den Verhandlungstisch finden, muß sich noch zeigen.

Deutlich geworden ist jedoch auch anhand der Instandbesetzungen, daß Hoffnung auf Veränderungen durch die etablierten Parteien völlig unbegründet ist. Basisaktivitäten sind trotz aller Probleme und Mängel der bessere Weg. Mit mehr politischen Diskussionen und Konzeptionen, mit der Bereitschaft, auch theoretische Überlegungen anzustellen und nicht nur aus dem Bauch heraus zu argumentieren und zu handeln, mit besserer Organisation und breiten Bündnissen sind soziale Bewegungen wesentlich eher als Parteien in der Lage, fortschrittliche Politik modellartig zu praktizieren und gesamtgesellschaftlich durchzusetzen.



Obdachlos gewordene Besetzer sitzen vor ihrem kurz zuvor geräumten Haus und hoffen auf Wiedereinzug.

Keine voreiligen Regelungen!

Ein Beitrag zur Bafög-Diskussion

"Der Bafög-Kahlschlag" – "Front der Verbände gegen Kürzung des Schüler-Bafög" – "Einhellige Absage an Bafög-Pläne": Dies ist nur eine Auswahl von Schlagzeilen in der Presse zu einem ganztägigen Hearing am 22. November 82 vor dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages zu den vorgesehenen finanziellen Einschränkungen beim Schüler- und Studentenbafög.

Überraschend waren die unerwarteten Koalitionsbildungen, zu denen es bei diesem Hearing kam; auf Ablehnung stieß die vorgesehene, fast vollständige Streichung der Ausbildungsförderung für Schüler ebenso bei der CDU-orientierten Schüler-Union wie bei den Gewerkschaften als auch bei den Rektoren.

Es bestehe die Gefahr, daß zukünftig die Entscheidung zum Besuch einer weiterführenden Schule nicht mehr von Eignung und Leistung, sondern wieder vom Familieneinkommen abhängig sei. Folge davon wäre: Noch mehr Jugendliche werden auf den ohnehin schon überlasteten Lehrstellenmarkt drängen; auch Folgen für die Lehrerbeschäftigung seien nicht auszuschließen. Und: Wer das Schüler-Bafög als Mofa-Bafög denunziert, der müsse sich die Frage gefallen lassen, inwieweit er über die tatsächlichen Fakten informiert sei, so z.B. daß 80 % der geförderten Schüler aus Familien mit einem Einkommen bis ca. DM 2.000,- kommen.

Unterschiedlich dagegen war das Echo auf die beabsichtigte Umstellung der Ausbildungsförderung für Studenten auf Voll-darlehen. Hier befürchten v.a. Gewerkschaften und Hochschulverbände, daß eine Kreditbelastung von DM 40.000,- (wenn zwei Bafög-geförderte Studenten heiraten von bis zu DM 80.000,-) und verschlechterte Arbeitsmarktaussichten für Hochschulabsolventen einen "Abschreckungseffekt" auf Kinder aus einkommensschwachen Familien und für Frauen haben werden.

Die Leistungsnachweise wurden als ausreichend bezeichnet und darauf verwiesen, daß Bafög-Studenten im Durchschnitt erfolgreicher und kürzer studieren als Nichtgeförderte. Gewerkschaften und Hochschulverbände sprachen sich auch gegen den vorgesehenen Darlehensersatz bei besonderen Leistungen und vorzeitiger Tilgung aus – dies sei in vielen Studiengängen nicht möglich, verstärke den Konkurrenzdruck und den "Zahnarztbonus" und schaffe neue Bürokratien. Hinzu kommt: Die Umstellung auf Voll-darlehen bringe zunächst keine Einsparungen, sie sei eine "ordnungspolitische, unsoziale Maßnahme" – denn: Vermehrte Rückflüsse seien ohnehin erst in den 90er Jahren zu erwarten.

Vor übereilten Regelungen warnte auch der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Prof. G. Turner; bereits in einem Interview Anfang November – nach den entsprechenden Bafög-Beschlüssen im Bundeskabinett – hatte er gesagt: "In der Presseerklärung des Bundesministeriums für Bildung und Wissen-

an einem Gesamteinkommensbegriff auszurichten."

Daher halte ich die Einsetzung einer Kommission aus Bildungs- und Sozialpolitikern für dringlich, die das in großen Mengen in diesem Hearing präsentierte Sachwissen aufarbeitet und dann in den Entscheidungsprozeß einbringt. Es darf nicht dazu kommen, daß das Protokoll dieses Hearings in die Aktenordner einsortiert wird, ohne daß entsprechende Schlüsse daraus gezogen werden.

Schulduzuweisungen, wie die des Parlamentarischen Staatssekretärs beim BM für Bildung und Wissenschaft Pfeiffer, helfen uns nicht weiter. In einer Pressemitteilung seines Hauses schreibt er: "Im übrigen übersehen die angehörten Sachverständigen vollkommen, daß die vorgeschlagenen Kürzungen beim Bafög die unmittelbare Folge der katastrophalen Staatsverschuldung sind, welche die von der SPD ge-



Protest gegen die Bafög-Beschlüsse von CDU/CSU/FDP: Auch in Kassel demonstrierten tausende gegen die Rückkehr zur Bildungs-Klassen-Gesellschaft

schaft ist davon die Rede, daß die jetzt und in Zukunft studierende Generation auf die dann folgende Rücksicht nehmen muß. Ich frage mich aber, nimmt denn die Generation, die vor der jetzigen studiert hat, auch auf die heutige Rücksicht? Mir scheinen – und das ist eigentlich das Entscheidende dabei – bei den jetzigen Regelungen, wie sie vorgelegt worden sind, eine Reihe von Nebeneffekten nicht hinreichend beachtet. Es ist eine partielle Lösung, aber sie ist nicht eingebettet in ein Gesamtgefüge."

Genau dies ist das Manko: Es fehlt ein bildungs- und sozialpolitisch aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept – es fehlt die Ausrichtung an einem Gesamteinkommensbegriff – übrigens eine Forderung der F.D.P. im Wahlprogramm von 1980, wo es heißt: "Steuersystem und Steuerbelastung sowie alle staatlichen Zuwendungen (sozialpolitische Einkommensübertragungen wie Wohngeld, Kindergeld, Bafög u.a.), d.h. Transferleistungen, sind daher

führte Bundesregierung hinterlassen und voll zu verantworten hat."

Es darf von liberalen Politikern einfach nicht hingenommen werden, daß – staatlich sanktioniert – der Stellenwert von Bildung und Ausbildung herabgesetzt wird, ohne daß sinnvolle Alternativen angegeben werden. Wir können nicht zulassen, daß die Identitätskrise in großen Teilen der Gesellschaft sich bei der jungen Generation u.a. durch die aktuelle Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation noch verschärft.

Just diese Fragen hat der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft in seiner Sitzung am 10. November 1982 abschließend diskutiert, und zwar im Rahmen der Beschlußfassung einer Stellungnahme zum Endbericht der Enquete-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat" – darin heißt es u.a.: "Der Ausschuß betrachtet die für eine qualifizierte Ausbildung einzusetzenden Mittel sowohl für den einzelnen wie auch für die Gesell-

schaft als die beste Zukunftsinvestition. Es sind alle Anstrengungen geboten, um der jungen Generation Zukunftschancen in Ausbildung und Beruf zu sichern. Zugleich sollte erwogen werden, im einzelnen darzustellen, welche sozialen und finanziellen Folgen entstehen, wenn die notwendigen Anstrengungen zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend unterbleiben, insbesondere welche Folgen dies im Bereich der Kriminalität, des Alkohol- und Drogenmißbrauchs, des Jugendprotests und der Gewaltzunahme in anderen Bereichen hätte."

Insbesondere auf die Initiative der F.D.P.-Abgeordneten im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft hat dieser in seiner Sitzung am 1. Dezember 1982 den nachfolgenden Entschließungsantrag zum Haushalt 1983 — Bundesausbildungsförderungsrecht — beschlossen:

- I. Der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft fordert die Bundesregierung auf, bei den Verhandlungen mit den Ländern darauf hinzuwirken, daß Familien mit nicht ausreichendem Einkommen bundeseinheitlich die notwendige Förderung erhalten, damit ihre Kinder den ihrer Begabung entsprechenden Schulabschluß erreichen können. Die Bundesregierung wird aufgefordert, über die Ergebnisse dieser Verhandlungen dem Deutschen Bundestag zu berichten.
- II. Der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft fordert die Bundesregierung ferner auf, dem Deutschen Bundestag einen Bericht darüber vorzulegen, auf welche Weise die Ausbildungsförderung im Rahmen ihres Gesamtkonzeptes für den Familienlastenausgleich verbessert werden kann. Im Rahmen dieser Überprüfung sollen verschiedene Modelle dargelegt werden, nach denen die Ausbildungsförderung bei gleichzeitigen Einsparungen in anderen Bereichen.
- III. Der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft fordert die Bundesregierung weiterhin auf, dem Deutschen Bundestag einen Bericht darüber vorzulegen, wie bei der Ausbildungsförderung für Studenten eine einseitige Belastung der Studenten aus Familien mit geringem Einkommen durch Vollkredit verhindert werden kann. Deshalb sollen Modelle geprüft werden, nach denen eine gerechte Belastung mit Studienkosten bei allen, die die Hochschuleinrichtungen besuchen, erreicht wird, d.h. auch bei denjenigen, die zwar nicht Förderungsleistungen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts erhalten, denen aber die hohen institutionellen Aufwendungen zugute kommen. Hierbei wird die Bundesregierung aufgefordert, auch die anderen Anregungen zu prüfen, die in der Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft am 22.11.82 gemacht worden sind.

Als Hans-Dietrich Genscher — superschlau — mit dem Koalitionswechsel die Wende vollzog, dachte er selbst noch an den Aufbruch zu neuen Ufern. Fest im eingerittenen Sattel des Außenamtes sitzend, glaubte er, "seine Kontinuität" im außenpolitischen Geschäft auch mit den Konservativen beibehalten zu können. Generös verzichtete man deshalb auf einen parlamentarischen Aufpasser im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, überließ den ganzen Komplex der Entwicklungspolitik der CSU. Denn man wählte dieses unter Walter Scheel Anfang der sechziger Jahre dem Wirtschaftsministerium und den Außenamt abgerungene Ressort im sicheren Zangengriff zwischen den Domänen von Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher. Entwicklungspolitik, in vielen Parteitagebeschlüssen der Freien Demokraten und Sonntagsreden ihrer führenden Vertreter als die wichtige Zukunftsaufgabe liberaler Friedenspolitik bezeichnet, erhielt denn auch in der Regierungserklärung Kohls vom 13. Oktober 1983 ihre Erwähnung auf etwa einer halben Seite und immerhin in der Liste der Aufzählungen den Platz sechs. Nichts Aufregendes, dachte man. Solide Kontinuität. Keine Experimente. Doch es kam anders. Die Rechnung wurde nicht mit dem bayerischen Wirt gemacht.

Als die Öffentlichkeit "in diesem unserem Lande" ihr Augenmerk auf die Probleme der Liberalen, die Wirtschaftslage, die verordneten Sparmaßnahmen und die Zwangspensionierungen Bonner sozialliberaler Ministerialer konzentrierte, zog in das "Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit", kurz BMZ, einem schmucklosen Bürobau gleich hinter der SPD-Baracke im Bonner Regierungsviertel in der Karl-Marx-Straße 4, klammheimlich ein Minister ein, dessen politischer und beruflicher Hintergrund keinerlei Anhaltspunkte über seine entwicklungspolitische Position lieferte. Der fünfzigjährige promovierte Hauptgeschäftsführer des bayerischen Keramikverbandes gab höchstens verbliebenen Mitarbeitern im BMZ Anlaß zu Witzeleien, die nunmehr nachdrückliche Förderung von Projekten des Kleinhandwerkes (Gebrauchskeramik) in Ländern der Dritten Welt vermuteten. Auch als der ehemalige Geschäftsführer der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung Staatssekretär wurde, dachte noch niemand an eine Wende auch in der Entwicklungspolitik, zumal man den erfahrenen und berechenbaren entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Volkmar Köhler als parlamentarischen Aufpasser und Gegengewicht installierte. Minister Warnke betonte zunächst in seinem "Informationsdienst Entwicklungspolitik" vom 31. Oktober 1982 die Gemeinsamkeit zwischen allen Bundestagsparteien auf dem Gebiete der Entwicklungspolitik, beruft sich auf die gemeinsame Entschließung der im Bundestag vertretenen Parteien vom 5. März 1982, bezeichnet diese als "gutes Startkapital", fügt aber hinzu, daß es *Akzente* gebe, die die Union besonders



betone. Dazu gehöre die besonders sparsame Bewirtschaftung der Mittel (als ob seine Vorgänger die für Entwicklungspolitik ohnehin knapp bemessenen Mittel verschleudert hätten). Er betont, indem er sich auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl beruft, daß die Privatinitiative für den Entwicklungsprozeß stärker zum Motor der Entwicklung eines gesunden Wachstums der Wirtschaft und damit zur Förderung des Wohlstandes und Humanität in der Dritten Welt werden muß. Das liegt sicherlich auf der Linie der

Nach der Wende in Bonn:

Verwicklungspolitik nach amerikanischem Muster

von Leon Phibbs

mittelstandsfreundlichen FDP.

Aber dann kommt es plötzlich: Minister Warnke referiert Anfang November vor der Hanns-Seidel-Stiftung eine entwicklungspolitische Strategie, die nicht nur eine Kehrtwendung vollzieht, sondern eine Rückwendung. Aus Entwicklungspolitik wird wieder *Verwicklungspolitik*. Die Länder der Dritten Welt sollen nämlich wieder in ein Beziehungsgeflecht verwickelt werden, das die Liberalen spätestens Anfang der siebziger Jahre als überholt und den nationalen und internationalen Interessen, insbesondere den Bemühungen um weltweiten Ausgleich und Frieden widersprechend verworfen haben. Es handelt sich um die Einbindung der Entwicklungspolitik in den Ost-West-Konflikt. Professor Hallstein darf sich vor Freude im Grabe drehen, die nach ihm benannte, von Botschafter Grewe erfundene und auf einer Konferenz vor deutschen Gesandten Anfang Dezember 1955 vor dem damaligen Bundesaußenminister von Brentano vorgestellte politische Maxime, die sogenannte "Hallstein-Doktrin", erlebt, wenn auch in anderem Gewande, Wiederauferstehung. Im Entwurf zum neuen Vorwort zum 5. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung, den noch der ehemalige Minister Offergeld zu verantworten hat, sollen plötzlich Passagen hinein, die folgendes beinhalten:

- ... "eine Relativierung der Bedeutung des im Nord-Süd-Gefälle als solchem liegenden Konfliktpotentials und einer stärkeren Betonung der Ost-West-Dimension von Konflikten in der Dritten Welt,
- ... ein Verzicht auf kritische Anmerkungen zur Dritte-Welt-Politik der USA,
- ... eine weitgehende Vermeidung von Aussagen zu den Problemen im südlichen Afrika (Konflikt-Randstaaten und Befreiungsbewegungen),
- ... eine modifizierte Bewertung des Berichtes der unabhängigen (Brandt-) Kommission für Internationale Ent-

wicklungsfragen,

... eine zurückhaltendere Bewertung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und des Nord-Süd-Dialoges sowie

... eine Streichung des Hinweises auf die geringe entwicklungspolitische Signifikanz des Entwicklungsländer-Steuergesetzes."

Die Rückentwicklungspolitik der konservativ-freidemokratischen Regierung wird offensichtlich nicht von der FDP als bemerkenswert oder gar schädlich angesehen. Immerhin hatte 1981 der 32. Bundesparteitag der FDP beschlossen: "Die Industrieländer dürfen nicht der Versuchung erliegen, die Entwicklungspolitik sachfremden Eigeninteressen unterzuordnen. Dies bedeutet in der Außenpolitik, daß die Blockfreiheit der Länder der Dritten Welt als wesentlicher Stabilisierungsfaktor erhalten bleiben muß. *Deshalb darf der Ost-West-Konflikt nicht in die Nord-Süd-Beziehungen hineingetragen werden.* Die Bemühungen einiger Länder der Dritten Welt, sich von Unrechtsregimen zu befreien und zu demokratischen Strukturen zu finden, dürfen nicht scheinbaren nationalen Sicherheitsinteressen von Großmächten geopfert werden."

Minister Warnke und der durch ihn und seinen bayerischen Kollegen Lengel zu verantwortende Politik ist diese Aussage, an die sich die FDP-Minister, zumindest formal, halten müßten, offensichtlich kein Problem. Denn weder der Herr Außenminister noch der Herr Vorsitzende der FDP haben zu dieser Weltsicht des Koalitionspartners etwas Negatives zu bemerken; sie paßt gut ins Wende-Konzept.

Schließlich kann die CSU behaupten, daß sie *nie* von dieser, schon 1955 geltenden Politik, abgewichen ist. In bemerkenswerter Offenheit stellte deshalb auch der Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Hofgeismar im November fest, daß seine Stiftung ihre Projektaktivitäten



Rückentwicklungspolitik: Entwicklungsprojekte werden zukünftig von der Bundesregierung wieder stärker unter ideologischen Gesichtspunkten ausgesucht

ohnehin stets an den Erfordernissen des Ost-West-Konfliktes ausgerichtet habe. Insofern verwundert es nicht, daß die stets aus dem bayerischen Staatsdienst beurlaubten entsandten Berater jener Stiftung in Ländern und mit Partnern tätig sind, die seit eh und je nicht sonderlich an jenem neumodischen Nord-Süd-Dialog, sondern eher am Ost-West-Konflikt interessiert sind. Es verwundert deshalb nicht, wenn — ganz im Sinne von Herrn Strauß — in Spanien die rechtsreaktionäre Alianza Popular des Herrn Fraga Iribane, in Zaire die korrupten Bürokraten des Herrn Mobutu und in Paraguay die "Demokratie" des Herrn Strössner unterstützt werden. Konnte man bisher schon nicht die Namen Indochina und Kuba in die Entwicklungsdebatte einspeisen, so wird es sicherlich sehr bald auch mit Nicaragua, Angola und Mozambique geschehen. Denn der nibelungentreue Verbündete der großen USA wird jeden noch so schwachsinnigen Schritt der Rüstungseskalation in der Dritten Welt, der Stützung korrupter und menschenverachtender Diktaturen unterstützen, wenn er nur im Sinne des Ost-West-Konflikts "den Kommunisten schadet".

Die "Wende" zeigt ihr wahres Gesicht. Sie ist kein grundgesetzlich vorgesehener Regierungswechsel zum Zwecke der Lösung anstehender gesellschaftspolitischer Probleme, sondern der Versuch, auch jenen Teil der mühsam in dem letzten Jahrzehnt erkämpften sozialliberalen *Außenpolitik der Friedenssicherung* zu kippen. Wie schnell und wie durchgreifend man auch in diesem Bereich versucht, den Rückwärtsgang einzulegen, beweist jener ans Absurde grenzende Vorfall aus Baden-Württemberg, wonach die seit Jahren vom BMZ herausgegebene "Kinderfibel", die über das Verhältnis von arm und reich in der Welt informiert, an baden-württembergischen Grundschulen nicht mehr verwandt werden darf.



Ost-West-Konflikt statt Nord-Süd-Dialog: Diktaturen wie in El Salvador können wieder auf bundesdeutsche Hilfe rechnen; vorausgesetzt, sie sind antikommunistisch.

„Je mehr Krise - desto mehr Reform“

Die Gründung der Liberalen Demokraten, das Weiterbestehen der Liberalen Vereinigungen und die Zukunftschancen dieser Organisationen standen im Mittelpunkt der Berichterstattung über das Treffen der 1.500 Liberalen am 28. November in Bochum. Die bemerkenswerten Inhalte der Eröffnungsrede von Professor Theo Schiller fanden nicht die verdiente Resonanz. In zehn Thesen verdeutlichte Schiller: „Die liberale Idee muß konkret auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse angewandt werden, und dann zeigt sich schnell, daß unglaublich viel zu tun ist, was keine andere Gruppierung in unserem politischen System anpackt“:

1. Der klassische Liberalismus kämpfte um die Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat, als rechtliche Freiheit in einem Rechtsstaat mit verfassungsmäßig verbürgten Grundrechten und richterlicher Kontrolle. Das Grundgesetz beruht auf dieser Idee. Aber diese freiheitliche Verfassung muß auch morgen noch gegen Deformierung und schleichen den Verfall verteidigt werden.

Erst Ende der 60er Jahre konnte das politische Strafrecht des Kalten Krieges von 1951 liberalisiert werden. Die autoritären Notstandspläne der frühen 60er Jahre konnten nur durch gemeinsamen Widerstand von Gewerkschaften, Studentenbewegung und Liberalen entschärft werden. Dem Radikalerlaß von 1972 hätte von Anfang an aus liberaler Sicht widersprochen werden müssen; auch in der inneren Sicherheit wurden Fehler gemacht (Traube-Affäre, Anti-Terror-Gesetze). Statt nur hinterher zu korrigieren, müssen wir Liberale künftig solche Entwicklungen von vornherein verhindern und unmöglich machen. Der Datenschutz gegenüber dem drohenden Computerstaat, die Freiheitsbewahrung gegenüber dem perfektionierten Sicherheitsstaat — das bleibt für Jahrzehnte eine liberale Uraufgabe, der wir uns stellen müssen.

2. Der klassische Liberalismus hat wirtschaftliche Freiheit und Marktprozesse, damit aber auch die kapitalistische Eigengesetzlichkeit freigesetzt. Damit kann es nicht sein Bewenden haben. Seit langem haben die großen kapitalistischen Machtzusammenballungen neue Abhängigkeiten und Unfreiheiten für Arbeitnehmer, Verbraucher und den kleinen Mittelstand hervorgebracht und das Wettbewerbsprinzip des Marktes erdrückt oder doch eingeschränkt. Diese Entwicklungen sind keineswegs gestoppt, sondern schreiten inzwischen bereits multinational voran. Daher ist die liberale Funktion, Freiheit für *alle* Beteiligten im Wirtschaftsprozess zu sichern, alles andere als überholt — sie ist vielmehr aktueller und schwieriger denn je. Sprüche wie „Mehr Markt — weniger Staat“ nützen hier überhaupt nichts, sie lenken nur von den eigentlichen Problemen ab. Es geht dar-

um, die Kleinen gegen die Großen, die Abhängigen gegen die Mächtigen, die innovativen Selbständigen gegen die Konzernbürokraten zu stärken, und zwar mit allen Mitteln, mit Verbraucherschutz, mit Wettbewerbspolitik, mit Mitbestimmung und mit Mietrecht. Liberale können nicht Marktwirtschaft sagen und die Fusion von Springer und Burda meinen. Auch die zentralisierte Volksbeglückung durch ein riesiges Kernenergiesystem ist nicht be-



Theo Schiller: Die liberale Idee konkret anwenden

sonders marktwirtschaftlich und behindert letztlich breitgestreute Initiativen zur Energieeinsparung. Schließlich sind auch im Wohnungsbau der Markt und eine bedarfsgerechte Investitionspolitik noch lange nicht dadurch ausgebrochen, daß den großen Baugesellschaften, sei es die Neue Heimat oder die Allianz-Versicherung, durch Mietrechtsänderungen günstigere Renditen serviert werden. Effektive Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Abbau wirtschaftlicher Abhängigkeiten (z.B. bei halbselbständigen Pächtern), Freisetzung bedarfsgerechter Investitionen und Initiativen (nicht unbedingt Kabelfernsehen) — das sind mehr denn je Aufgaben liberaler Wirtschaftsordnungspolitik.

3. Umweltschutz ist notwendig geworden, weil in den vergangenen Jahrzehnten den Unternehmen ein billiges Wachstum auf Kosten der natürlichen

Lebensgrundlagen erlaubt wurde. Hier wurde schlimm gesündigt, auch durch Liberale, und das muß anders werden. Die freien und öffentlichen Güter wie Luft, Wasser, Ruhe usw. können durch marktwirtschaftliches laissez-faire nicht geschützt werden, weil sie keinen Marktpreis haben; sie können nur politisch geschützt werden, durch Regeln, Verbote und durch das Verursacherprinzip. Millionen Bürger, vor allem junge Menschen, sind durch Bürgerinitiativen und auch die Grünen für diese Ziele aktiv geworden. Zwar hat die FDP in den letzten Jahren einiges getan, aber nicht genug. Künftig müssen Liberale ein integraler Teil der Umweltbewegung sein, wenn sie ihrem Anspruch gerecht werden wollen, für die persönliche Freiheit, die menschliche Würde und die körperliche Unversehrtheit des einzelnen einzutreten. Auch sollte wohl endgültig Schluß damit sein, die Grünen aus parteitaktischen Gründen zu verteufeln; in ökologischen Fragen kann es nichts anderes als Zusammenarbeit mit den Grünen geben, auch bei Unterschieden in Einzelfragen.

4. Die wirtschaftlichen Verteilungsprozesse, wie sie der Markt ergibt, führen allein nicht zu sozial gerechten Ergebnissen. Das Freiburger Programm der FDP von 1971 hat ein für allemal klargestellt, daß die großen Ungleichheiten der Einkommen und Vermögen von Liberalen nicht hingenommen werden können, sondern nach Gerechtigkeitsprinzipien korrigiert werden müssen. Denn jeder Mensch hat dem Grunde nach einen gleichen Anspruch auf eine materielle Lebensgrundlage und materielle Freiheiten. Vollständige Gleichheit zu erreichen, wird unmöglich sein. Aber wenn das Ziel des sozialen Ausgleichs fallengelassen wird — wie im Lambsdorff-Papier — dann heißt die Überschrift „Sackbahnhof Manchester“ und nicht mehr Liberalismus. Liberale bejahen eindeutig den Sozialstaat; dafür haben sie in den Sozialdemokraten einen traditionellen Bündnispartner. Natürlich kann es nicht um den totalen Versorgungsstaat gehen; aber es macht auch keinen Sinn, den Sozialstaat als eine Schönwetter-Veranstaltung aufzufassen und ihn just dann in Frage zu stellen, wenn er von den Betroffenen gebraucht wird! Und schon gar nicht geht es, die Leute z.B. durch Mietpreissteigerungen einerseits und durch Wohngeldkürzungen andererseits in die Doppelzange zu nehmen („Lambsdorffzange“). Sicher, überall treten Finanzierungsprobleme auf, weil man nicht langfristige sozialstaatliche Krisenvorsorge betrieben hat. Konsequenterweise muß man dann kurzfristig auf die Leistungsfähigkeit und Solidarität der Besserverdienenden zurückgreifen, z.B. durch die Ergänzungsabgabe. Aber die liberale Zu-

kunftsauflage heißt: den Sozialstaat langfristig durch Selbsthilfeinitiativen, präventive Gesundheitsvorsorge, Kontrolle der Arzneikosten und Eindämmung der pharmazeutischen Verschwendung u.ä. wieder tragfähig und krisenfest machen. Wie soll dies zustandekommen, wenn nicht sozialpolitisch glaubwürdige Liberale dazu einen wesentlichen Beitrag leisten?

5. Liberale wollen, daß jeder die gleiche soziale Chance hat, sich durch eigene Leistung selbst zu erhalten und zum gesellschaftlichen Wohlstand beizutragen. Dazu braucht jeder die Chance für berufliche Leistungsfähigkeit, und daher muß auch künftig Bildung Bürgerrecht sein. Für die geburtenstarken Jahrgänge wird das in demnächst 5 bis 10 Jahren zu dem Existenzproblem. Es ist geradezu gespenstisch, wie dieses Problem derzeit verdrängt und mit unsinnigen Schein-Lösungen wie der Bafög-Kürzung (bzw. Darlehensumstellung) vom vollkommen falschen Ende her aufgepäppelt wird. Berufsbildungschancen und Offenhalten der Hochschulen heute sind doch Zukunftsinvestitionen für morgen, die unbedingt erbracht werden müssen, wenn wir nicht Ende der 80er Jahre sowohl volkswirtschaftliche Qualifikationsprobleme als auch hunderttausende von jungen Leuten mit massiven beruflichen Schwierigkeiten haben wollen – abgesehen davon, daß diese Jugendlichen in den nächsten Jahren in Apathie und Resignation hineingetrieben werden. Bildung als Bürgerrecht muß daher für Liberale auch in der

liberale Idee ist nicht tot, sondern für die Frauen muß sie erst richtig lebendig gemacht werden.

7. Freiheit des einzelnen heißt vor allem auch Freiheit der Minderheiten. Anstelle der Ausgrenzung durch Diskriminierung und Vorurteile unterstützen Liberale den Rechtsanspruch auf Besonderheit und Individualität. Das gilt insbesondere im Fall der ausländischen Mitbürger. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß ohne die Liberalen der Umgang mit den Ausländern in unserem Land blitzschnell in unsocialen Opportunismus und indirekte Förderung von Ausländerfeindlichkeit abrutscht. Die Ausländer müssen deshalb möglichst rasch das Kommunalwahlrecht bekommen, damit sie endlich auch etwas für sich selbst tun können und nicht nur auf die Toleranz anderer angewiesen sind.

8. Freiheit des einzelnen ist nur möglich durch Teilnahme an der politischen Selbstbestimmung in der Demokratie. Liberale Politik kann sich daher nie darin erschöpfen, bei Wahlen Stimmen zu sammeln und dann munter damit zu regieren – oder gar klammheimlich damit zu verschwinden, wie die FDP im September 1982. Liberale brauchen den mündigen Bürger und sie setzen sich für die Erweiterung unmittelbarer Mitwirkungsrechte der Bürger in allen Lebensbereichen ein. Verbandsklage, Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene und Volksbegehren in Bund und Ländern gehören ebenso dazu wie das Recht des Bürgers

von Parlamenten sinnvoll praktiziert werden. Liberale Politik kann nie staatsbürokratische Bevormundung sein, sondern nur ein Beitrag, ein Angebot zur Selbstbestimmung der Bürger.

9. Liberale stehen für Freiheit, gegen Herrschaft. Sie haben kein fertiges Gesellschaftsbild, kein perfektes Gesellschaftsmodell, sondern folgen dem Prinzip der Machtkontrolle, der Dezentralisierung, der individuellen Gestaltung in freien Lebensräumen des einzelnen und dementsprechendem Abbau von Abhängigkeiten. Sie fördern die Kritik an Institutionen und fixierten Strukturen, damit regelmäßig deren Sinnhaftigkeit überprüft werden kann. Die Offenheit, die Reformfähigkeit der Gesellschaft ist daher ein tragender Grundsatz. Nach 1966 hat die FDP viele Reformbedürfnisse der jungen Generation aufgenommen und dadurch die liberale Funktion des Wandels erfüllt. Seit 1980, wenn nicht seit 1976/77, hat sie sich immer stärker eingeklinkt. Wenn ich diese Versammlung betrachte, bin ich sicher, daß die liberale Reformfunktion künftig wieder munter wahrgenommen wird, nach dem Motto: "Je mehr Krise – desto mehr Reform."

10. In der Außenpolitik schließlich gibt es eine gefestigte liberale Tradition, in der auch wir hier stehen. Die Friedens- und Entspannungspolitik, die auf Ausgleich mit den östlichen Nachbarn und auf gesamteuropäische Sicherheit und Friedensordnung gerichtet ist, wurde ja nicht erst Anfang der 70er Jahre entdeckt. Sie ist von Pfeleiderer und Dehler, ja ein Stück weit sogar von Mende, vor allem aber von Rubin und Scheel vorbereitet worden, und sie hat weit zurückreichende Wurzeln in der liberalen Friedensbewegung der Weimarer Zeit, die den Völkerbundsgedanken ebenso wie den Pazifismus zu fördern gesucht hat. Heute muß es ein weltumspannendes Interesse an Friedenssicherung durch Abrüstung geben. Dabei gibt es auch mit der jetzigen FDP noch eine sehr weite Übereinstimmung. Aber bereits die bisherige innerparteiliche Diskussion in der FDP hat gezeigt, daß die Bedenken, ja die eindeutige Ablehnung gegenüber der Abrüstungsmethode namens "Nachrüstung" weit verbreitet sind. Wir werden diese Frage hier nicht diskutieren können. Aber ich bin sicher, daß nur wenige einer Stationierungsautomatik ohne grundsätzliche Würdigung der Verhandlungsergebnisse von Genf das Wort reden könnten. Es kommt doch wohl darauf an, die Verhandlungen über nukleare Abrüstung durch andere Mittel und Perspektiven der Friedenssicherung voranzubringen, statt durch Drohungen mit einer Raketenstationierung, die im Ergebnis die Sicherheitslage in Europa keinesfalls verbessern, sondern wesentlich verschlechtern würde.



Theo Schiller in Bochum: Ein Angebot zur Selbstbestimmung der Bürger

Krise eine unverzichtbare Grundlage der Gesellschaftspolitik bleiben.

6. Gleiche Freiheit für alle – das heißt für Liberale vor allem auch Gleichberechtigung der Geschlechter. Es war in den 70er Jahren die FDP und es können auch zukünftig nur die Liberalen sein, die das gleiche Recht der Frauen z.B. durch ein Anti-Diskriminierungsgesetz parlamentarisch voranbringen können. Wer anders als Liberale wird denn auch weiterhin für eine Reform des § 218 im Sinne der Fristenregelung eintreten? Die

auf Akteneinsicht gegenüber der öffentlichen Verwaltung. Noch nie gab es in Deutschland so viele engagierte Bürger; statt ihre Aktivität abzublocken und zu gängeln, müssen die Teilnahmekanäle ausgeweitet werden, damit dieser Demokratie auch die aktiven Demokraten zuwachsen können, die einen Rückfall in autoritäre Herrschaftsstrukturen von vorneherein verhindern. Nur im Zusammenwirken mit den aktiven Bürgern und mit selbständigen Basisbewegungen kann liberale Politik innerhalb und außerhalb

Geschichte des Freisinns bis 1918:

Mut zur Menschlichkeit

von K.-H. Hense

Die "liberalen drucksachen" bezeichnen sich in ihrem Untertitel als "Zeitschrift für freisinnige Politik". Was verbindet sich eigentlich mit dem Begriff "freisinnig"? Welche Rolle hat der deutsche "Freisinn" für die Entwicklung des organisierten Liberalismus gespielt? Karl-Heinz Hense, der als Leiter der Zentralen Schulung der Friedrich-Naumann-Stiftung entscheidend an der Entwicklung der Seminarreihe "Grundlagen und Geschichte des Liberalismus" beteiligt war, geht diesen Fragen in einem historischen Abriss nach.



1884 wird der "Freisinn" erstmals in einem Parteinamen erwähnt: Unter Eugen Richter (l.) und Eduard Lasker (r.) vereinigten sich Liberale zur "Deutschen Freisinnigen Partei"

Die "Freisinnigen" und die "Freidenker" waren bereits im 18. Jahrhundert den deutschen Fürsten und Regierungen ein Dorn im Auge. Als Repräsentanten und Erben der Aufklärung standen sie vor allem in England und Deutschland für den unabhängigen Mann (von der Gleichberechtigung der Geschlechter war damals noch nicht die Rede), der sich um religiöse Dogmen und absolutistische Ideen nicht scherte. Freilich hatte sich der "freye Sinn" doch meistens den feudalen Systemen unterzuordnen, so daß zunächst nur die Gedanken wirklich frei waren.

In den liberalen und demokratischen Bewegungen des frühen 19. Jahrhunderts, die 1848 zur öffentlichen Erhebung, zum Aufbruch gegen die Fürstentherrschaft führten, spielte freisinniges Gedankengut eine große Rolle. Selbst Schiller und Goethe werden heutzutage bemüht, wenn es darum geht, den geistigen Nährboden für die sogenannte 48er Revolution zu beschreiben. Wie auch immer – der Begriff des Freisinns behielt auch nach 1849, nach dem Sieg der Reaktion in Deutschland, seine Bedeutung: 1861 formierte sich die Deutsche Fortschrittspartei in seinem Geiste im Norddeutschen Bundestag.

Von den freisinnigen Kräften sonderten sich allerdings unter dem Eindruck der Bismarckschen Siege über Dänemark und Österreich schon 1867 die mehr national Denkenden ab und bildeten die Nationalliberale Partei im Norddeutschen Bund und später im Deutschen Reich. Bismarck benutzte sie als Steigbügelhalter zu der durch ihn ausgeübten Staatsmacht. Theodor Mommsen, Historiker und Liberaler, hat diese Politik 1902 in dem Satz zusammengefaßt: "Bismarck hat der Nation das Rückgrat gebrochen."

Das Rückgrat des Freisinns freilich brach er nicht. Bis zum Sturz des Eisernen Kanzlers im Jahre 1890 stand er in Opposition zu dessen Politik. Friedrich C. Sell drückt die Gegensätzlichkeit der beiden politischen Richtungen folgendermaßen aus: "Wenn es eine Utopie war zu glauben, daß sich große politische Ziele allen Schwierigkeiten zum Trotz letzten Endes doch durch humane Mittel erreichen lassen, so war der Liberalismus auf diese Utopie verpflichtet, während Bismarck sie als unrealistisch verwarf."

1875 wurde Eugen Richter Vorsitzender der Deutschen Fortschrittspartei. Sein Name ist Programm, das sich in zwei

Punkten zusammenfassen läßt: Für die Herrschaft des Rechts, für den Verfassungsstaat also, und für den Freien Markt, das freie Spiel der Kräfte. (Eine Position, die im übrigen in ebendieser Schärfe von Thomas Dehler nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen wurde.) Damit aber stellte sich Richter und seine Partei in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu zwei großen politischen Kräften der damaligen Zeit: zum einen zur Bismarckschen Sozialgesetzgebung in den achtziger Jahren und zum zweiten zur aufstrebenden deutschen Sozialdemokratie und ihren Wählern, zum immer stärker anwachsenden Industrieproletariat. Obwohl Richter einer der entschiedensten Gegner der Bismarckschen Sozialistengesetze war, mit deren Hilfe der Kanzler von 1878 bis 1890 die Sozialdemokraten im öffentlichen Leben auszuschalten suchte – einen Weg zu Bebel und Liebknecht fand die Partei unter seinem Vorsitz nicht.

Auch der Zugang zu einer anderen, seit 1871 immer stärker werdenden Kraft, dem "Zentrum" unter seinem umsichtigen Führer Ludwig Windthorst, war den Linksliberalen versperrt. Durch ihre Zustimmung zum Kulturkampf Bismarcks gegen die katholische Kirche, dessen Abmilderung sie sich erbittert widersetzen, waren sie dieser Gruppierung – der einzigen übrigens, die damals einen Querschnitt des gesamten Volkes repräsentierte – grundsätzlich suspekt. So hatte Eugen Richter die Partei nach allen Seiten erfolgreich isoliert, bis ihm unerwartet frischer Wind ins Haus wehte.

Bereits 1880 hatte sich unter Führung von Eduard Lasker eine Gruppe national-liberaler Abgeordneter von der Mutterpartei abgespalten, weil sie den Schutzzollplänen Bismarcks nicht zustimmen mochte. Mit diesen Plänen wollte Bismarck Großgrundbesitz und Schwerindustrie an seine Politik binden und sich gleichzeitig endgültig weg von den Nationalliberalen und hin zu den Konservativen und zum Zentrum orientieren. Die Abgeordneten um Lasker waren strikt dem Freihandel verpflichtet und bildeten so von 1880 bis 1884 im Reichstag die oppositionelle "Liberalen Vereinigung" oder die "Sezession". 1884 schlossen sie sich mit der Deutschen Fortschrittspartei Richters zur "Deutschen Freisinnigen Partei" zusammen, womit der "Freisinn" erstmals wörtlich in einem Parteinamen Erwähnung findet.

Diese Partei machte Front gegen die staatliche Sozialpolitik, den "Staatssozialismus", und betonte vor allem die Verfassungsfragen. Neben ihr existierte auf der Linken die (süddeutsche) Deutsche Volkspartei, die unter Leopold Sonnemann nicht nur die staatliche Sozialgesetzgebung befürwortete, sondern sich auch bis 1869, bis zum Eisenacher "Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterkongreß" um eine Zusam-

menarbeit mit der Arbeiterbewegung Bebel bemüht hatte. Ein Zusammengehen beider linksliberalen Parteien war aus eben diesen Gründen um 1885 noch nicht möglich. Zur gleichen Zeit, im Mai 1884, hatte Johannes Miquel der Nationalliberalen Partei die "Heidelberger Erklärung" verpaßt, ein Programm, das endgültig die Wende zu den Konservativen vollzog.

So war der Linksliberalismus bis auf weiteres in die Opposition verwiesen. Die schroffe Ablehnung der staatlichen Sozialgesetzgebung wurde durch den erdrutschartigen Verlust von Mandaten bei der Wahl von 1884 "belohnt": Die Deutsche Freisinnige Partei erhielt nur noch 67 Sitze gegenüber 105 der beiden Vorgängerparteien. Die Gewinne fielen den Konservativen und den Sozialdemokraten zu. Es zeigte sich, daß die Devise der Selbsthilfe im Sozialbereich unter den Vorzeichen des wachsenden Industrieproletariats falsch war, wenn auch die Analyse Richters, Bismarck wolle mit den Sozialgesetzen lediglich die Arbeiter an die Rechte binden und von den Sozialdemokraten fernhalten, zutraf. Auch Bismarck hat sich damit verkalkuliert, wie die Geschichte zeigt.

Nach dem Sturz Bismarcks 1890 führte eine Abstimmung über die "große Heeresvorlage" des neuen Kanzlers Caprivi zur Spaltung der Deutschen Freisinnigen Partei: Die Mehrheit lehnte die Vorlage ab, sechs Abgeordnete, unter ihnen Albert Hänel aus Schleswig-Holstein, stimmten zu. Richter berief sofort eine Fraktionssitzung ein, die Abweichler wurden gezwungen auszutreten. Es bildeten sich 1894 die "Freisinnige Volkspartei" unter Eugen Richter und die "Freisinnige Vereinigung" unter Theodor Barth. Als Ergebnis der Spaltung wurde der Linksliberalismus bei den anschließenden Neuwahlen abermals dezimiert. Die Volkspartei erhielt 24, die Vereinigung 13 Mandate.

Neben der Deutschen Volkspartei hatte sich 1896 eine neue Gruppierung gebildet, die den Liberalismus durch soziales Denken ergänzen und so einerseits die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, andererseits aber auch eine liberale Alternative schaffen wollte: der Nationalsoziale Verein Friedrich Naumanns. Nachdem Naumann 1898 und 1903 bei den Reichstagswahlen ohne Erfolg blieb, trat er mit dem größten Teil seiner Gefolgschaft der Freisinnigen Vereinigung bei. Während die Freisinnige Volkspartei unter Richter immer noch strikt antisozialistische Politik verfocht, traten Barth und Naumann unter dem Schlagwort "von Bassermann bis Bebel" an, also für die Sammlung aller liberalen und sozialdemokratischen Kräfte – einschließlich der Nationalliberalen, deren Vorsitzender damals Ernst Bassermann war. Freilich blieb diese Forderung Illusion.

Naumann betrachtete es als seine Aufgabe, nationales Denken, das sich zu Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland immer stärker ausbreitete, mit sozialen Gesichtspunkten zu verbinden. In dieser Konstellation befürwortete er sogar die imperialistische Kolonialpolitik und strebte gleichzeitig die konstitutionelle Monarchie nach englischen Vorbild an. Sichtbarer Ausdruck seines Bemühens, die Sozialdemokratie mit dem bestehenden Staat zu versöhnen, war das Wahlbündnis der Freisinnigen Vereinigung mit den Sozialdemokraten bei den Preußischen Landtagswahlen von 1903. Trotz der "Klassenwahl", als die die Sozialdemokraten das preußische Dreiklassenwahlrecht betrachteten, gin-



Friedrich Naumann führte die Freisinnigen an die Sozialdemokraten heran

gen sie dieses Bündnis ein. Ähnliche Tendenzen setzten sich in einzelnen deutschen Ländern fort, so in Baden 1906, als sich Liberale und Sozialdemokraten bei den Stichwahlen gegen das Zentrum verbündeten.

Allerdings wurde diese Entwicklung gestoppt, als sich 1906 bei den Reichstagswahlen der sogenannte "Bülow-Block" bildete. Dabei schlossen sich nach dem Muster des Rechts-"Kartells" aus der Bismarckzeit Linksliberale, Nationalliberale und Konservative zu einem Wahlblock gegen Zentrum und Sozialdemokraten zusammen, um dem Reichskanzler von Bülow eine parlamentarische Mehrheit zur Durchsetzung seiner Kolonial- und Flottengesetzgebung zu sichern. Unter großen Bedenken zogen die Linksliberalen mit; 1887 unter Eugen Richter (der 1906 starb) waren sie nicht mir von der Kartell-Partie gewesen.

Der Bülow-Block erlangte bei den Wahlen eine Mehrheit; aber schon bald zeigte sich, daß er mehr "Brei als Block" war. Zum Bruch kam es 1908 über eine Finanzreformvorlage unter anderem zur Nachlaßsteuer. Die Konservativen stimmten dagegen, der Kanzler stürzte, Bethmann Hollweg wurde sein Nachfolger. Immerhin: Die Blockpolitik hatte eine Vereinigung der linksliberalen Gruppen in

einer gemeinsamen Fraktion bewirkt. Obwohl Theodor Barth 1908 diese Fraktion verließ und die "Demokratische Vereinigung" gründete, trug das Zusammengehen im Reichstag doch ganz wesentlich bei zur Gründung einer gemeinsamen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei von 1910. Der Name zeigt, daß die Linksliberalen sich auf die Anfänge besinnen, aber auch die süddeutschen Einflüsse bewußt aufnehmen wollten. Unter Naumann und Friedrich von Payer führte sie den Freisinn bis 1918 näher an die Sozialdemokraten heran und schließlich in die "Weimarer Koalition" von Deutscher Demokratischer Partei, der Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei, Sozialdemokratie und Zentrum.

Bereits bei den Wahlen von 1912 kam es zu einem Wahlabkommen zwischen allen linksstehenden Parteien. Auch die Nationalliberalen schlossen sich diesem Abkommen an. Ergebnis war, daß die Sozialdemokraten im Reichstag, der in dieser Zusammensetzung bis 1918 bestehen blieb, erstmals mit 110 Abgeordneten stärkste Fraktion wurden. Alle anderen Parteien hatten verloren.

In der "Friedensresolution" von 1917, die von Zentrum, Sozialdemokratie und Linksliberalen in den Reichstag eingebracht wurde, zeigte sich schon die Parteien-Konstellation zur Erarbeitung einer Verfassung für die erste deutsche Republik. Die Friedensresolution, in der die Autonomie für das besetzte Belgien gefordert wurde, zeigte, daß die genannten drei Parteien sich von Befürwortern des Ersten Weltkrieges zu entschiedenen Verfechtern einer internationalen Friedenspolitik gewandelt hatten. Obwohl diese Resolution gegenüber dem wiederauflebenden Militarismus und Nationalismus nach der Kapitulation Rußlands Ende 1917 scheitern mußte, wies sie doch den Weg für die Politik der Weimarer Koalition nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches im November 1918.

Die Freisinnigen fanden sich in der Deutschen Demokratischen Partei zunächst unter Naumann, dann nach dessen Tod unter Hugo Preuß, dem Vater der Weimarer Verfassung, zusammen. Dem anschließenden Niedergang wäre ein eigenes Kapitel zu widmen. Ebenso wie es mit dem Freisinn nach 1945 weiterging. Dazu reicht der Platz an dieser Stelle nicht.

Literatur:

Friedrich C. Sell, *Die Tragödie des Deutschen Liberalismus, 2. unveränderte Auflage, Baden-Baden 1981*

Ludwig Bergsträsser, *Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München und Wien 1965*

Th. Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961*

Kurz vor dem Bonner Sprung hat es sich Rainer Barzel nicht nehmen lassen, die Grundlinien der neuen konservativ-„liberalen“ Politik verbindlich festzuschreiben. Seine Äußerungen zeigen deutlicher als jedes Koalitionspapier den hohen ethisch-moralischen Anspruch der geplanten geistig-moralischen Runderneuerung der Republik.

Da wir einerseits schon wissen sollten, wo es zukünftig langgeht, andererseits aber der Buchmarkt durch den Kauf anderer Druckerzeugnisse besser gestützt werden kann, dokumentieren wir hier einige literarische Leckerbissen.

Wir empfehlen, sie jeweils vor dem Zubettgehen als leiblich-moralische Rüstung wider die Nacht zu betrachten, aber auch des Morgens sollten wir sie vor – oder noch besser statt – der Zeitungslektüre tief auf uns wirken lassen.

So vorbereitet auf den Tag und die Widerwärtigkeiten, die draußen vor der Tür auf uns lauern (13 Jahre sozialistisch-liberalistische Koalition haben aus unserem ehemaligen Musterlände wirklich einen Saustall gemacht), kann uns nun wirklich nichts mehr passieren.

Unterwegs, woher und wohin?

Rainer Barzels neueste Sprechblasen

Barzel meint ...

... über das unterwegs sein im allgemeinen:

- Wir sind immer unterwegs – waren es, bleiben es. Unterwegs wohin?
- Wohin sind wir diesmal unterwegs?
- Wir sind unterwegs, räumlich wie zeitlich.
- Wir sind unterwegs.
- Sie sind unterwegs, wir sind unterwegs.
- Europa ist unterwegs.
- Auch Deutschland ist unterwegs.
- Unterwegs lernst du dazu.
- Nach vorne. Immer nach vorne. Unterwegs nur dahin.
- So wie wir immer unterwegs sind, so gibt es nichts umsonst.
- So wollten wir doch nicht unterwegs sein!
- Habe ich das Meer gepflügt? So frage ich mich manchmal.
- Bleib unterwegs. Geh deinen Weg. Du verstehst nicht alles.

... über das unterwegs sein im besonderen:

- Hast Du den Mut, politisch unterwegs zu sein – zu den anderen, dann mit den anderen und für die anderen – zum Dienen und Einordnen also, dann mach dich auf! Sei unterwegs: für sie, mit ihnen – auch für dich. Versichere dich vor dem Aufbruch – den machst du nur einmal! – beizeiten deines Kurses, deiner Gefährten, auch deiner Kondition. Später kannst du nur noch unter Scheinwerfern Weg und Kameraden wählen; kannst nicht rasten oder spuren, wann du möchtest, sondern nur, wenn es sich ergibt.

... über die Freiheit:

- Freiheit ist auch gefährdet, wo der Drang zum Vorrang der Freizeit und zur genüßlichen Privatheit die Bereitschaft zu Arbeit, Dienst und Pflicht verdrängt.

... über die Türken:

- Zum Beispiel: den Türken helfen, sich im Westen, für den sie sich entschieden haben (sie sind Mitglied der NATO wie des Europarates), wohl zu fühlen.
- Die Türken stehen nicht mehr vor Wien. 120.000 Türken leben allein in Berlin. Im Jahre 2000, also schon bald, würden in unserer Republik 52 Millionen Deutsche und 7 Millionen Ausländer leben. So wird es vorausgesagt, auch wenn sich die Prognosen unterscheiden.
- Diese Überfremdung ist eine ernste Tatsache.
- Die Vitalität der Türken ist ungebrochen. Die Zahl der Türken wird von 21 Millionen im Jahre 1950 wohl bis zum Jahre 2000 auf 67 Millionen ansteigen. Wir dagegen werden, so wird vorgerechnet, eine geringere Wohnbevölkerung haben als im Jahre 1970.
- Wenn wir auch morgen erstklassig bleiben wollen, müssen wir uns heute anstrengen, nicht ein sterbendes Volk in einem überfremdeten Land zu werden.

... über Mehrheiten:

- Nur: Eine Mehrheit muß man haben. So ist das nun einmal. Deshalb muß man andere für sein Konzept gewinnen. O ja, das ist mühsam. Aber das ist gut so.

... über die Wohlfahrt:

- Nie gab es in Deutschland so viel soziale Sicherheit, so verbreitete Wohlfahrt, so unzählbare Chancen zu Aufstieg und Fortschritt. Geht's nun bergab?

Und wir meinen mit Barzel:

Jeder fünfte ein Protestler – das geht uns alle an!

Was kommen soll – das sollte er schon wissen! Wer das nicht weiß, sollte wenigstens dem Parlament, der Kanzel und dem Lehrstuhl fernbleiben.

Bremsklötze weg!

Initiativbesetzer gesucht!

Das alles geht. Und das wirkt.

Ja, was haben wir da verloren?

Das muß nicht sein.

Den Griesgrämigen und den Knieschlottlern keine Chance! Platz für die, welche kundig und fröhlich ihren Dienst tun!



Ein Aachener Amateur-Kabarett stellt sich dar als: **Sicherheitsrisiko**

"Ab heute wird zurückgeschossen" – so drohen die sieben Mitglieder des Aachener Kabarett "Sicherheitsrisiko" in ihrem Programm.

Kabarett ist nicht der Beruf der Aachener Heiner Jüttner, Jürgen Bootsmann, Silvia Leyer, Regine Heiland, Raimund Jünger (Gitarre) und Doris Fischer sowie Freddy Matulla (Keyboards). Vielmehr ist es eine Leidenschaft, der sich bis vor

einem halben Jahr noch "Liberalbern" nennenden Truppe, die seit 1978 besteht. Die Umbenennung erfolgte, um nicht ständig mit der Aachener F.D.P. verwechselt zu werden, zu der keines der Ensemblemitglieder mehr Beziehungen unterhält. Der neue Name wurde aber auch gewählt, um zu verdeutlichen, daß man kein Blatt vor den Mund zu nehmen und niemanden zu schonen gedenke – "Weil also der Begriff Sicherheitsrisiko zu uns paßt", wie Heiner Jüttner sagt.

Hieß ihr erstes volles Programm noch "Wir machen es keinem rechts", in dem giftig-witzige Pointen zur damaligen Lage der Nation, der Meinungsfreiheit und auch der F.D.P. angebracht wurden, steht das neue, zweistündige Programm unter dem Titel "Ab heute wird zurückgeschossen" – weil das nach Ansicht der sieben Amateurkabarettisten auch bitter nötig ist.

Einige der Themen: Bundeshaushaltseinsparungsvorbereitungreferentenausschuß; Das Kostendeckungsprinzip; Es wird Nacht, Bundesbürger; Rüstungsquiz: Keiner wird gewinnen; Ich will ein Parkhaus haben; Teure Heimat und ganz aktuell: Der Koalitions-Song und das Franz Josef Liebeslied. Die "Sicherheitsrisiken" sind allen dankbar, die sie in ihr Programm aufnehmen. Dabei brauchen sie sich über Termine nicht beklagen; denn nicht nur aus der liberalen Kulturszene kamen die "Anforderungen" aus dem gesamten Bundesgebiet für dieses in Text, Inszenierung, Songs und Musik eingenhändig gestrickte Programm. Wer noch keine Gelegenheit gehabt hat, mit dem "Sicherheitsrisiko" Bekanntschaft zu machen, kann sich jetzt einen 60minütigen Auszug aus dem Programm der Jahre 1981/82 auf Kassette für DM 10,- kommen lassen – nur noch 10 Tage bis Weihnachten!

Die Kontaktadresse:
Jürgen Bootsmann, Bismarckstr. 45,

5100 Aachen (Tel. 0241/806199).

Komisch, aber gar nicht lustig

Seit vielen Jahren enthält "metall", die größte Gewerkschaftszeitung in der Bundesrepublik, eine ganz spezielle Rubrik unter dem Titel "denkbar + und bedenkl".

Darüber steht: "Ob unverschämte Unternehmerbriefe an die 'lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter', ob betriebliche Anschläge der Firmenleitung am Schwarzen Brett mit unverhüllten Drohungen, ob kuriose Anzeigen oder Meldungen in den Zeitungen – überall passiert Bedenkliches, das nachdenkenswert ist." metall-leser schicken es Woche für Woche an die Redaktion.

Die "schönsten" Beispiele hat Jürgen Mechelhoff unter dem Titel "Anschläge der Unternehmer" jetzt in einem 70-seitigen Büchlein, erschienen im Frankfurter Eichborn Verlag, zusammengefaßt (Preis: DM 5,-); fast alle sind sehr komisch, allerdings gar nicht lustig, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Produktion hinter Gefängnismauern

Nicht immer müssen deutsche Unternehmen, denen das Lohnniveau in der Bundesrepublik zu hoch geworden ist, ins Ausland abwandern. Preiswerte Arbeitskräfte gibt es auch noch hierzulande: in den Strafvollzugsanstalten. Erhebliche Lohnnebenkosten lassen sich bei Häftlingen sparen, es gibt keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Weihnachtsgeld, keinen Urlaubsanspruch, keine Streiks. Verständlich, wenn weder Beamte noch Unternehmer über Arbeit im Gefängnis gern reden... (aus "Wirtschaftswoche")

Häuser unbewohnbar machen – unauffällig u. diskret – sowie kleinere Abbrucharbeiten preiswert und zuverlässig. Erfragen Sie meine Angebote unter 1363/65 an die GVZ/GN, Postfach 1186, 5130 Geilenkirchen. (aus "Aachener Nachrichten")

Sehr geehrter Herr ...

wie die Betriebsleitung feststellt, haben Sie am 16.11.81 wieder nur eine Arbeitsleistung von 100 % erbracht. Obwohl andere Kollegen einen wesentlich höheren Leistungsgrad erzielten als Sie, halten Sie mit Ihren Leistungen zurück. Dies bedeutet ein arbeitswidriges Verhalten Ihrerseits, das von uns nicht hingenommen werden kann.

Wir fordern Sie hiermit auf, eine Ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit angepaßte Leistungsfähigkeit zu erbringen. Sollten wir erneut Anlaß haben, die zu beanstanden, so werden wir die Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen Zurückhalten der Arbeitsleistung in Betracht ziehen müssen. (Brief der Firma Schaberger)

Auch wenn man wegen Verstauchung eines Fußes mal eben wieder einen Tag krank feiert, dann wird das vom Lohn oder Gehalt abgezogen. Knallhart!

(Rundschreiben der Firma P. Hackländer)

100 Billionen Gedichte

und einige mehr
von
Georg Schmige



Georg Schmige 100 Billionen Gedichte
DM 16,50 40 Seiten(z.T. 14 mal gestanzt)

Bei diesem Büchlein blättert man nicht die Seiten sondern die Zeilen um. So kann man sich seine Gedichte selber zusammenstellen und auch – anhand von ablesbaren Kennziffern – notieren.

Es gibt von 0 bis 99 999 999 999 999 genau hundert Billionen Möglichkeiten.

Ein entzückendes, entrückendes Geschenk für Normalitätsverächter.

zu bestellen bei:
südwest, Am Michelsgrund 31, 6940 Weinheim

Vorgestellt:

Forum Karl-Hermann Flach

In der kleinen, gemütlichen nordhessischen Fachwerkstadt Melsungen wird seit geraumer Zeit eifrig liberale Bildungsarbeit betrieben:

Das Forum Karl-Hermann Flach e.V. hat hier ein altes Fachwerkhaus angemietet, wie man es sonst nur auf Postkarten findet, und zu einem Kommunikationszentrum für Jugendliche und Erwachsene aus der BRD und dem westeuropäischen Ausland ausgebaut. Schülergruppen und Studentenverbände, Teilnehmer von Forums-Seminaren und junge Ausländer, Ortsjugendliche und Friedensinitiativler geben sich Woche für Woche die Klinke in die Hand und füllen die Räume mit einer ganzen Menge Leben. Für viele Nordhessen, aber auch darüber hinaus, ist das Forum Karl-Hermann Flach ein Dreh- und Angelpunkt ihrer Aktivitäten geworden und, ganz nebenbei, zum Inbegriff für eine gelungene Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit.

Warum dieses Riesenprogramm noch funktioniert, ist selbst den wenigen Aktiven schleierhaft. Immer stärker drücken die personellen und finanziellen Probleme auf die Arbeit.

Das Forum Karl-Hermann Flach wurde im Mai 1978 von den nordhessischen Kreisverbänden der Jungdemokraten und einigen Privatpersonen gegründet, um gemeinsam geplante Seminaraktivitäten durchzuführen. Die nordhessischen Jungdemokraten hatten bereits in den beiden Jahren zuvor gemeinsame Seminare zu den Bereichen Liberalismus, Schülerarbeit, Strafvollzug, Randgruppen und Kommunalpolitik in fremden Bildungsstätten und Hotels veranstaltet. Um den Einschränkungen in Jugendherbergen und Familienerholungsstätten, Hotels und staatlichen Jugendheimen zu entgehen, suchte die Gruppe eine eigene Tagungsstätte, die über den eigenen Bedarf hinaus von Jugendzentrumsinitiativen und Bürgeraktionen mitgenutzt werden sollte.

In der Gemeinde Morschen, einem kleinen Ort, etwa fünfzig Kilometer südlich von Kassel, fand sich eine Möglichkeit, das Experiment liberaler Bildungsarbeit ohne größere Folgekosten zu starten: ein kleines Holzhäuschen mit zwölf Übernachtungsplätzen und Küche, Bad und Aufenthaltsraum, sowie zwei Tagungsräumen in einem ehemaligen, deshalb nicht minder ehrwürdigen Klostergebäude, gut zehn Fußminuten von der Unterkunft entfernt.

Als die Gemeinde Morschen das Klostergebäude restaurieren wollte, um ihre Gemeindeverwaltung dort unterzubringen, standen die Zeichen auf Umzug: Gesucht wurde ein großes Gebäude im Raum Melsungen/Kassel mit guter Verkehrsanbindung und Stadtatmosphäre. Gefunden wurde nach einiger Zeit das Fachwerkhaus in der Kasseler Straße 46 in Melsungen mit seinen großzügigen Möglichkeiten und der Anbindung an eine mit ihren Freizeitmöglichkeiten und ihrer Schönheit interessanten, aber ruhigen Stadt.

Die derzeitige ehrenamtliche Bildungsarbeit des Forums wird von den vierteljährlich stattfindenden Mitgliederver-



Die Bildungsarbeit begann in diesem kleinen Holzhaus in der Gemeinde Morschen

sammlungen und den zur Zeit sechs Regionalgruppen festgelegt, die sich vor allem auf den hessischen Bereich verteilen. Die Mitgliederversammlungen bestimmen die Termine und die inhaltlichen Themen-schwerpunkte der Forum-eigenen Veranstaltungen; sie wählen den Vorstand, der für die Koordination und Führung des Trägervereines verantwortlich ist und analysieren die laufende Seminararbeit. Die Regionalgruppen haben die Aufgabe der intensiven Betreuung ihrer Mitglieder und Interessenten sowie der Vorbereitung und Verbreitung regionalspezifischer Seminare und Veranstaltungen.

Das Forum International ist parallel zur innenpolitischen Arbeit des Forums Karl-Hermann Flach sehr schnell gewachsen. Heute besteht es aus sechs Nationalabteilungen: Neben der BR Deutschland sind die Niederlande, Belgien, Italien, Großbritannien und der katalanische Teil Spaniens vertreten. Jährlich findet ein Kongreß in den Räumen des Forums Karl-Hermann Flach statt, bei dem ein Exekutivausschuß mit Vertretern aus al-

len Nationalabteilungen gewählt wird. Diesem Ausschuß obliegt wiederum die Aufgabe, den internationalen Vorstand zu wählen und zu kontrollieren.

In diesem Jahr veranstaltete das Forum International (FI) neben der obligatorischen "internationalen Woche" ein Seminar über Befreiungsbewegungen, zwei Besuche des Europäischen Parlaments in Straßburg und mehrere bilaterale Seminare.

Die räumlichen Bedingungen des Forum Karl-Hermann Flach haben sich nach der Anmietung des Fachwerkhauses in Melsungen gegenüber den Anfängen in Morschen wesentlich verbessert. So stehen in dem dreigeschossigen Seminarzentrum 27 Übernachtungsmöglichkeiten in Zwei- und Fünfbett-Zimmern, ein großer Tagungsraum, zwei Arbeitsgruppenräume, ein Büro, eine Bibliothek, Küche, EBzim-

mer und sanitäre Anlagen zur Verfügung. Im 3. Stockwerk ist eine Hausmeisterwohnung vorhanden, außerdem existiert noch ein großer Lagerkeller und ein teilweise ausgebauter Dachraum. Die technische Ausrüstung umfaßt unter anderem einen modernen Kopierautomaten, zwei Schreibmaschinen, Dia- und Tageslichtprojektoren und eine uralte Adressiermaschine.

Die Räume dienen nicht nur zur Durchführung Forum-eigener Veranstaltungen wie zum Beispiel im Rechtsstaats- und Ausländerbereich, in der Entwicklungspolitik und der Deutschlandproblematik, sondern werden zunehmend auch anderen Organisationen zur Verfügung gestellt, soweit sie zeitlich vom Forum nicht selbst genutzt werden können. Diese Möglichkeiten haben insbesondere die Jungdemokraten, der Liberale Hochschulverband, verschiedene Friedensinitiativen, Schülergruppen und -vertretungen und Vereine, Ökologieverbände und andere mehr wahrgenommen. Demnächst sollen neben den bestehenden Schulabgängerse-

minaren und Studienberatungen auch Bildungsurlaubsmaßnahmen in das Programm aufgenommen werden, um das Bild der Arbeit zu vervollständigen und neue Bereiche zu erschließen.

Finanziell hat das Forum in Melsungen schon immer einen nicht gerade leichten Stand gehabt. Die Kosten für den Seminarbetrieb, die Geschäftsstelle und den Hausmeister (in Form der Mietkostenumlage auf Arbeitsstunden) werden vor allem durch die Mitgliedsbeiträge und öffentliche Mittel zur Bildungsarbeit abgedeckt. In der Vergangenheit wie auch heute gab und gibt es keine offenen oder verdeckten Zuschüsse von Parteien: Sie wären auch zur Aufrechterhaltung einer unabhängigen Arbeit nicht begrüßt worden. Die durch die allgemeine Kostensteigerung hervorgerufenen ständigen Finanznöte und die unsicher werdenden Abrechnungsmöglichkeiten mit öffentlichen Bildungsträgern zwingen den Verein, nicht nur über seine Finanzierungsquellen nachzudenken, sondern auch seine bisherige Struktur zur internen Diskussion zu stellen, um die nächsten Jahre, von denen keiner behaupten möchte, daß sie besser werden, zu überleben.

Strukturveränderungen

Die Mitgliederversammlung des Forums vom 31.10.82 hatte aus vielen Gründen keine leichte Aufgabe:

Unter finanziellen Aspekten ließen die Kosten des Hauses für den Verein kaum größere Handlungsspielräume für die Seminararbeit übrig. Das Leben von der Hand in den Mund hatte die Einrichtung



Ein Fachwerkhaus in der Stadt Melsungen: Hier sitzt die Zentrale des Forums Karl-Hermann Flach

Die Mitgliederversammlung schuf deshalb an diesem Tag die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Strukturveränderung der Arbeit, deren Sinn und Wichtigkeit zu keiner Zeit in Frage gestellt wurde.

1. Das bisher als "Schattenorganisation" im Forum Karl-Hermann Flach mit eingetragene Forum International wird als eigenständiger Verein amtsgerichtlich eingetragen und erhält einen eigenen deutschen Vorstand. Aufgabe des FI wird es sein, Kontakte zu liberalen Organisationen im westeuropäischen Raum und darüber hinaus zu halten und auszubauen, die Zusammenarbeit mit unseren Partnerverbänden im Rahmen des Forum International auf europäischer Ebene zu suchen und als nationale Gruppe eigenstän-

nenden liberalen Raum einbringen will. Die Schaffung von Tagungsmöglichkeiten und die Überlassung der Räumlichkeiten für interne Seminare und Sitzungen gehört ebenso dazu wie ein Programm zu Schulung und Weiterbildung, Organisationsberatung und Mandatsträgerfortbildung.

3. Das Haus in der Kasseler Str. 46 in Melsungen, für dessen Erhaltung bisher das Forum Karl-Hermann Flach zuständig ist, wird vom Verein abgekoppelt (bereits in der Satzung verankert) und in eine Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts eingebettet. Teilnehmer an diesem Geschäft sind das Forum selbst und einige Privatpersonen. Unter dem Gesichtspunkt der dadurch vereinfachten Abrechnungsmöglichkeiten, die die Gemeinnützigkeit des Vereins nicht in Frage stellen, kann bereits jetzt die Einstellung des dringend benötigten Geschäftsführers gewagt werden.

Innerhalb von zwei Jahren will "die Firma" es schaffen, die Grundlagen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu erarbeiten. Gedacht ist an eine Konstruktion aus Privatpersonen und mit Anteilscheinen versehenen Vereinigungen und Verbänden. Sinn ergibt dies alles nur, wenn das alte Mietverhältnis mit dem Hausbesitzer in ein Miet-Kauf-Verhältnis umgewandelt wird.

Mit einer dann ohne weiteres Gewinn erwirtschaftenden Gesellschaft könnten dringend notwendige Renovierungsarbeiten durchgeführt werden, die die Qualität der Tagungsstätte bei weitem erhöhen würden.

"Die Tatsache, daß bereits jetzt durch das Forum eine durchorganisierte Bildungseinrichtung mit eigenem Haus der neuen liberalen Bewegung zur Verfügung steht, sollte nicht übersehen, sondern vielmehr genutzt werden," ist die Meinung des bisherigen Forum-Vorsitzenden Heinz-Hermann Storck.

Bleibt die Hoffnung, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden fallen.



Diskussionen, Spiele, Weiterbildung: Die Seminararbeit soll nicht nur Inhalte vermitteln, sondern auch Spaß machen

oft genug an den Rand ihrer Existenz gebracht.

Zum anderen wurde es durch die einschneidenden Veränderungen im liberalen Raum kaum mehr möglich, unter der parteipolitisch anrühigen Flagge eines "Forum Karl-Hermann Flach" eine Teilnehmermobilisierung durchzuführen. Auch die Motivation der Mitarbeiter war hiervon betroffen.

dige Seminar- und Tagungsarbeit zu leisten. Ohne die Grundlagen der liberalen Bildungsarbeit zu verlassen, stellt dieser Verein seine Tätigkeit in einen parteipolitisch neutralen Raum – schon durch seinen Namen.

2. Das Forum Karl-Hermann Flach sieht sich als ein Verein, der seine Struktur und Arbeit in einem sich neu abzeich-

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

später als gewohnt erhalten Sie in diesem Monat Ihre Ausgabe der liberalen drucksachen. Wie schon beim Kongreß in Köln waren auch bei der Konferenz in Bochum fast alle drucksachen-Redakteure an der Organisation dieses Treffens beteiligt. Dies hat eine Menge an Arbeitskraft und Zeit erfordert und die Erstellung der Dezember-Nummer um etwa eine Woche verzögert.

Auch nach der in Bochum erfolgten Gründung der Liberalen Demokraten werden die liberalen drucksachen ihre redaktionelle Unabhängigkeit wahren und den weiteren Weg der neuen liberalen Partei in kritischer Distanz begleiten. Hofberichterstattung läge weder im Interesse der liberalen drucksachen noch der Liberalen Demokraten.

Für Kontinuität bürgt nicht zuletzt der unverändert gebliebene Herausgeberbeirat, der in seiner Zusammensetzung die gesamte organisationspolitische Breite des liberalen Spektrums widerspiegelt. Auch Günter Verheugen hat seine Bereitschaft erklärt, hier mitzuwirken. Die Heimatsuche aller Herausgeber hat sie allerdings in den letzten Wochen nicht einmal zu einer Herausgebersitzung zusammenfinden lassen, auf der die Mitwirkung Verheugens hätte abgesegnet werden können.

Die Entwicklung der Abonnentenzahlen verläuft weiterhin erfreulich, v.a. dank Abonnenten, die in ihrem Bekanntenkreis auf die liberalen drucksachen aufmerksam machen. Zwei Anzeigen, die wir in der FDP-Mitgliederzeitung Neue Bonner Depesche sowie im SPD-Vorwärts plazierten, hatten unterschiedlichen Erfolg. Auf die Vorwärts-Annonce meldeten sich doppelt so viele Interessenten wie auf das NBD-Inserat.

Eine interessante Nebenwirkung zeitigte die Anzeige im FDP-Blatt, die über den Verlag geschaltet worden war, so daß die FDP-Spitze erst nach Veröffentlichung erfuhr, denn doch: Seitdem lassen sich die Herausgeber jede einzelne Druckfahne zur Genehmigung vorlegen. Erstes Opfer dieses neuen liberalen Stils wurden ausgerechnet einige "treue" Jungdemokraten, die so in einem kurzen Beitrag titulierte wurden, in dem sie zum Verbleib in der FDP aufrufen wollten. Ein unverfänglicher Bericht über die israelische Histadrut-Gewerkschaft wurde stattdessen in die NBD gerückt. Die Redaktion der liberalen drucksachen geht gelassener an solche Beiträge heran, wenngleich keiner der Redaktionsmitglieder diese Position teilt. Sie finden den Aufruf auf der Leserbriefseite.

Erfreulich für die Redaktion, ärgerlich für manchen Schreiber ist, daß die Zahl der unaufgefordert eingesandten Manuskripte beträchtlich gestiegen ist. Der Bericht über den FDP-Landesparteitag in Hessen und der Diskussionsbeitrag von Eckard Behrens haben nach unserer Ansicht gut in das Zeitschrift-Konzept gepaßt. Ein Trost für die nicht berücksichtigten Autoren: Auch einige Redaktionsbeiträge (z.B. über Fraktionswechsel in der Geschichte des Bundestages) fanden keinen Platz mehr.

Eine ganze Reihe von Probeabonnements über ein Vierteljahr laufen zum Jahresende aus. Wir möchten diese Leser daran erinnern, daß sich diese Abonnements nicht automatisch verlängern, sondern von uns Ihre ausdrückliche Bestätigung für den Weiterbezug gebraucht wird.

Bei den Anzeigen des LZ Köln auf der Rückseite dieser Ausgabe handelt es sich um ein Kompensationsgeschäft. Zehn der Schallplatten, die wir eingehandelt haben (Karl-Heinz Hense: Lieder aus eigener Schreibe) verlosen wir unter denjenigen, die am 2.1.83 Abonnent der liberalen drucksachen sind.

Auf das Titelbild unserer ersten Ausgabe im September hatten wir unter das Porträt von Karl-Hermann Flach sein Zitat gesetzt: "Es bedarf schon einer gewaltigen Anstrengung, der Freiheit in der Zukunft eine Chance offenzulassen." Die Redaktion wird auch im nächsten Jahr unter dieses eher aktueller gewordene Devise weiter arbeiten. Für die bisher so ermutigende Resonanz bedanken wir uns und wünschen uns und Ihnen, daß 1983 uns nicht weiter dem näher bringt, was Orwell in seiner Vision "1984" ausgemalt hat.

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-macher



IMPRESSUM

Herausgeber:
"drucksachen"-Verlagsgesellschaft mbH
Elbestr. 30, 4630 Bochum

Herausgeberbeirat:
William Borm, Hinrich Enderlein, Sibylle Engel, Friedrich Hölscher, Hanspeter Knirsch, Jürgen Koppelin, Wolfgang Lüder, Werner Lutz, Ingrid Matthäus-Maier, Christoph Strässer, Theo Schiller, Helga Schuchardt.

Redaktion:
Jürgen Bolz, Martin Budich, Wolfgang Froese, Marianne Hochgeschurz (verantwortlich), Michael Kleff, Diether Noth, Michael Staack.

Redaktionsanschrift:
Elbestr. 30, 4630 Bochum,
Tel. (0234) 502197

Abo-Bedingungen:
Das Einzelheft kostet DM 3,50. Für ein Abonnement über 1/4-Jahr sind DM 10,50 zu zahlen, für 1/2-Jahr DM 21,- und für ein ganzes Jahr DM 42,-.

Abo-Bestellungen sind durch Überweisungen der entsprechenden Beträge auf das Postscheckkonto Volker Perthes, Nr. 239 34- 431 beim Postscheckamt Essen unter dem Stichwort "liberale drucksachen" möglich.

In dem Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Druck und Titelsatz:
Druckerei Hartmann, Ahaus

Auflage:
6.000

Fotografien:
dpa, Perthes, Melcher

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1/82. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Einsenden an: drucksachen-Verlags-GmbH (iG), Elbestr. 30, 463 Bochum

Ich möchte die liberalen drucksachen abonnieren.

Den Abo-Preis bezahle ich

vierteljährig ☒

10,50

halbjährig ☐

21,00

ganzjährig ☐

42,00 DM

☒ Das Geld habe ich bereits überwiesen

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt bei

Name.....

Anschrift.....



TABAK für Pfeife und Zigarette

Wir liefern: praktisch alle Pfeifentabake sowie spezielle Angebote nur für unsere Versandkunden. Z.B.:

Pfeifentabak

"HOLLAND BLEND"

mild, aromatisch, duftend

250 g. NUR DM 13,50 DM

500 g. NUR DM 22,- DM

Solange der Vorrat reicht!

Und auf Dauer:

"Echte Hollandse Sigarettentabak", Halfzwaar, American, oder Lichte

250 g. NUR DM 14,90

500 Zigarettenhülsen

NUR DM 9,50

TABAKVERSAND HILLE
4459 Getelo 124

Bestellungen bis 50,-DM DM 2,50
Versandkostenanteil, über 50,-
frei.

Lieferung gegen V-Scheck oder
per Nachnahme (plus Gebühr).

Der unaufhaltsame Aufstieg

Michael Kleff, Miterfinder und Redaktionsmitglied der liberalen drucksachen wurde zum Bundesschatzmeister der Liberalen Demokraten gewählt. Jörg Petersson, Psychologe, Künstler und Unternehmer, überreichte wenige Tage später eine Zeichnung, in der Kleff seine Situation 'trefflich charakterisiert' sieht.

Kein Kandidat mehr

Eine Woche nachdem die Jungdemokraten ihre satzungsmäßige Bindung an ihren parlamentarischen Ansprechpartner FDP gelöst hatten, waren sie wieder mit einem Mitglied im Deutschen Bundestag vertreten.

Für die Fast-Drei-Prozent-Partei rückte über die NRW-Landesliste, Platz Nr.17, Matthias Ginsberg für Ingrid Matthäus-Meier in das Bonner Parlament. Ehemann Robert Meier hatte 1971 Ginsbergs Karriere gefördert, ihn als Stellvertreter in den Jungdemokraten Landesvorstand geholt und damit den eher rechten Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe gegen die rechte Verheugen-Linie eingekauft.

1972 bekam Ginsberg für kurze Zeit schon einmal einen Hausausweis für den Bundestag. Rudolf Augstein war für einige Wochen MdB geworden. Als Gegenleistung für den ostwestfälischen Wahlkreis in Paderborn akzeptierte Augstein Ginsberg als Assistenten.

Ginsberg blieb auch nach Augsteins Rückkehr nach Hamburg enger Mitarbeiter des Spiegel-Herausgebers. Als Augstein den in Schwierigkeiten geratenen Filmverlag der Autoren finanziell sanierte, mach-

Der Opportunismus ist schon ausreichend organisiert

Prominenten-Austritte sind nur die Spitze eines Eisberges, sie geben nicht das wirkliche Zahlenbild wieder. Aber öffentlichkeitswirksam sind sie allemal: Nun hat auch Karl Moersch die FDP verlassen. Nach über 35-jähriger Mitgliedschaft hat der ehemalige FDP-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und vormalige Staatsminister im Auswärtigen Amt die Konsequenzen gezogen. Moersch erklärte, daß es ihm "nicht länger möglich ist, die Wende der Freien Demokratischen Partei von einer Organisation des politischen Liberalismus zu einer Vereinigung für politischen Opportunismus hinzunehmen."

Nach meiner Überzeugung ist das Feld des politisch organisierten Opportunismus in der Bundesrepublik schon seit langer Zeit ausreichend durch einige Parteien und Wählervereinigungen besetzt. Bedarf besteht hingegen an liberaler Politik. Ich werde deshalb jede Gruppierung unterstützen, die Ziele einer liberalen Politik klar und ohne Rücksicht auf Vorurteile und Interessengruppen formuliert und beharrlich vertritt. Daß die FDP solche Ansprüche in ihrer derzeitigen Erscheinungsform und nach der Verhaltensweise ihrer amtierenden Repräsentanten nicht erfüllen kann, hat mir der Verlauf des Berliner Parteitages vollends bestätigt."

Die "seit mehr als einem Jahr inszenierten Machenschaften der FDP-Führung" haben für ihn das Maß des Zumutbaren überschritten.



Matthias Ginsberg: Übergangs-MdB

te er Ginsberg zum Geschäftsführer des Münchner Verlages.

Bei Neuwahlen will Ginsberg nicht noch einmal für den Bundestag kandidieren.

Für wen von den achtzehn soll man sich entscheiden? Irgendwie gleichen sie wie ein Baum dem anderen. Irgendwie übertrifft jeder jeden in seinem überzeugten individuellen strategischen Handeln.

Also würdigen wir alle – in ihrer ganzen Geschlossenheit, würdigen wir vor allem, was sie augenscheinlich geleistet haben: Jeder kann es sehen und kaufen, für 7,80 DM als paperback:



Das liberale Gewissen

Wann gibt es so etwas schon einmal unter Linksliberalen. Diszipliniert traf man sich nach dem Genscher-Lambsdorff-Coup jeden Morgen, um Rat zu schlagen. Was da in mehr als dreißig Sitzungen verfrühstückt wurde, war beträchtlich. Selbst wenn man zugute hält, daß es sich bei den Abgeordneten um Berufspolitiker handelt, verdient die umfassende Analyse und das geschlossene Handlungskonzept, das sie entwickelt haben, tiefen Respekt. Die Ausgeklügeltheit, ja Gerissenheit, aber auch selbstlose Aufopferung, mit der hier Menschen ihre große politische Idee realisieren, ist in der Geschichte der Republik ohne Vergleich.

Bereits nach wenigen Sitzungen waren sich alle einig: Die Rest-FDP wird nach ihrem Unfall nie wieder aufstehen; andere Parteien bieten für Liberale ebenfalls keine Arbeitsform. Also muß ohne Illusion eine neue Partei aufgebaut werden. Eins war dabei jedem bewußt: alle vergleichbaren Parteigründungs-Versuche waren gescheitert. Nur die Grünen scheinen Erfolg zu haben. Die logische Schlußfolgerung: Parteien scheitern, wenn sie von Prominenten ins Leben gerufen werden, haben aber eine Chance, wenn man sie von unten aufbaut.

Das erste, was sich aber alle in die Hand versprochen: Niemand der Abgeordneten darf die Parteigründung mitmachen. Auch wenn dort Ämter und Mandate winken, jeder sollte sich in den Dienst der Sache stellen und verzichten. Der nächste Schritt war viel schwieriger. Wie mobilisiert man die linksliberale Basis? In welchen vergleichbaren Fällen ist dies in der Vergangenheit gelungen?

Wieder wurde die große Verantwortung der Abgeordneten deutlich.

Sie haben – anfangs noch unbewußt – das Steuerungsinstrument der negativen Instruktion entwickelt. Die Psychologie kennt dieses Phänomen aus der Eltern-Kind-Beziehung, wo Kinder unglaubliche Energie entwickeln, um das Gegenteil von dem zu leisten, was die Erwachsenen anordnen.

Auf dem Kölner FDP-Parteitag 1981 wurde dieses Instrument zum ersten Mal für die Öffentlichkeit deutlich angewandt: Alle führenden Linksliberalen verteidigten Genscher und den NATO-Beschluß. Diese eindeutige negative Instruktion mobilisierte die Genscher- und NATO-Beschluß - Kritiker in einem nie dagewesenen Ausmaß. Nur mit seiner Rücktrittsdrohung überlebte Genscher den Parteitag.

Diese Mobilisierungsform der negativen Instruktion wurde anschließend ergänzt. Mit einer Konfrontationstechnik zur Steigerung des Gruppenzusammenhalts wurde aus dem losen Haufen der Linksliberalen eine handlungsfähige, selbstbewußte Gruppe geformt. Verheugen, Baum und Ronneburger praktizierten diese persönlich unbefriedigende aber sehr erfolgreiche Strategie z.B. auf der Kölner Konferenz "Noch eine Chance für die Liberalen". Mit ihrem provokativen Verhalten schufen sie das so wichtige Wir-Gefühl unter den Teilnehmern der Konferenz.

Mit den Möglichkeiten dieses Steuerungsinstrumentariums wurde nun das Parteigründungsszenario entwickelt und Aufgaben verteilt:

1) Um eine optimale Mobilisierung zu erreichen, warnen ab sofort alle vor der Parteigründung und attestieren ihre Chancenlosigkeit.

2) Eine Gruppe um Baum und Hirsch bleibt in der FDP, um rechte Wähler abzuscheren. Durch "öffentlich eingesteckte Demütigungen" von Seiten der Rechten werden die letzten Liberalen aus der FDP vergrault und der neuen Partei zugeführt.

3) Die größte Schwierigkeit wurde einhellig darin gesehen, zu verhindern, daß ein relevanter Teil der Liberalen zur SPD geht. Die Lösung: Nur mit dem Ruch der Käuflichkeit, so die Analyse, ließe sich ein Wechsel zur SPD diskreditieren. Die Jüngsten in der Bonner Runde wurden verdonnert. Sie mußten sich bei der SPD sichere Wahlkreise oder Listenplätze besorgen und übertreten. Diese undankbare Aufgabe wollte verständlicherweise zunächst niemand übernehmen, weil auf den Betreffenden dann die Last der Konfrontationstechnik liegt. Sie müssen ab sofort durch ihr Auftreten immer wieder für den Zusammenhalt der neuen Partei sorgen. Wegen dieser ungeheueren Belastung mußten dann halt die Jüngsten dran glauben.

Alle linksliberalen Bonner Köpfe waren sich bewußt, was sie mit dieser allein an der Sache orientierten Strategie auf sich nehmen. Hohn und Spott über ihre scheinbare Handlungsunfähigkeit würden sie ernten. Wenigstens vor der Geschichte wollten sie rehabilitiert werden und begründeten, warum es einer neuen liberalen Partei bedarf. Der Kollege Duve war bereit es zu drucken. So kam es zu Papier: Das Liberale Gewissen.

edition liberales zentrum köln

Im Rahmen der Arbeit des Liberalen Zentrums Köln erscheinen in der clubeigenen "edition" in unregelmäßigen Abständen Langspielplatten, Broschüren, Bücher und Plakate von Künstlern und Autoren, die einmal in den Räumen des politisch-kulturellen Clubs aufgetreten sind. Dabei handelt es sich um Produktionen mit geringer, limitierter Auflage, die im Handel nicht erhältlich sind. Die "edition liberales zentrum köln" ist der Versuch, soziale, kulturelle und politische Kommunikation nicht nur verbal zu beschwören, sondern gerade solchen Künstlern und Autoren ein Forum zu bieten, die ihre kulturellen Aktivitäten neben ihrem Berufsalltag entwickeln. Das LZ gibt ihnen somit die Möglichkeit, sich einem größeren Publikum vorzustellen. Die bisher in der "edition" erschienen Platten bzw. Bücher können Sie mit dem Coupon bestellen. Sie unterstützen damit die politische und kulturelle Arbeit der Liberalen Zentren.

ELZ
1003



DM 20,-

Merry Go Round / Boog it — Die dreiköpfige Gruppe "Merry Go Round" präsentiert auf "Boog it" ein Feuerwerk von gekonnten Gesangsdarbietungen im Stil ausgeklügelter dreistimmiger Vokalnummern der Swing-Ära, nach dem Vorbild der Mills Brothers und zwei ironisch aufgetischte deutsche Schnulzen — ein Ohrenschmaus für Freunde von Musik, die Spaß macht.

ELZ
1004



DM 18,-

Sammel's Hot Shot's / Hello Everybody — Ob's nun New-Orleans-Jazz mit Swing-Einschlag ist — darüber läßt sich streiten. Worüber sich nicht streiten läßt, ist die Bombenstimmung, die Semmel's Hot Shots während ihrer Auftritte begleitet. Das Erfolgsgeheimnis der Gruppe: Spaß und Spontaneität beim Spielen ihrer heißen Rhythmen.

ELZ
1001



DM 18,-

Karl-Heinz Hense / Lieder aus eigener Schreibe — Die Freiheit im Staat, die verloren zu ghen droht, weil der Materialismus, das Duckmäusertum und Karrieredenken immer mehr zunehmen — das ist das Generalthema der Platte. Dabei kam etwas unverwechselbar Eigenes heraus — politische und philosophische Reflexion, Satire und Situationskomik sowie subjektive Empfindungen der Wehmüt und des "Frusts".

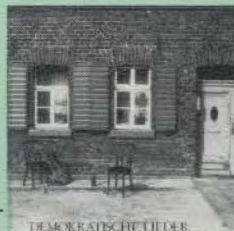
ELZ
1002



DM 18,-

Konrad Beikircher singt H.C. Artmann "med ana schwoazzn dintn" — auf dieser Platte stellt der Liedermacher Beikircher, ein Südtiroler und Wahlbonner, eine Auswahl aus seinen Vertonungen von Texten des Lyrikers H.C. Artmann vor. Ein "Muß" für die Musikfreunde, die ein Faible für den Schwarzen Wiener Humor haben.

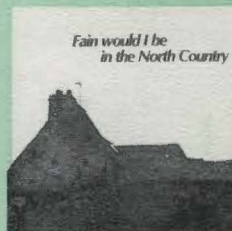
ELZ
1005/6



DM 30,-

Gernot von Baer & Karl-Heinz Hense / Demokratische Lieder — Gedanklicher Ausgangspunkt für diese Doppel-LP ist die Überzeugung, daß Herrschaft — in welcher Form auch immer — Sache des Volkes ist. Und daß diese Überzeugung längst kein Allgemeingut ist — fast so wenig, wie sie es im 19. Jahrhundert war. Deshalb sind historische und aktuelle Lieder miteinander verbunden worden — in Text und Musik.

ELZ
1007



DM 18,-

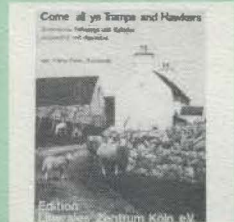
Heinz-Peter Katlewski singt Volkslieder und Balladen aus Schottland — Heinz-Peter Katlewski sammelt und singt in seiner Freizeit traditionelle schottische Balladen und Volkslieder. Die Schallplatte dokumentiert seinen Ausschnitt aus seinem umfangreichen Liederrepertoire. Der Titel "Fain would be in the North Country" ist eine Liebeserklärung an Schottland — an das Land, die Leute und die Geschichte.

DM 5,-



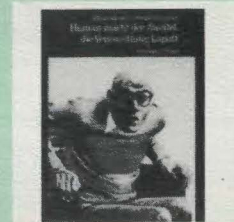
Hermann Wallmann / Gedichte und Prosa — Hermann Wallmann wurde am 15. März 1948 in Rheine geboren. Er ist Lehrer und lebt in Münster. Der Band enthält "Naturgedichte", "eher öffentliche Gedichte", Gedichte zur "Kommunikation", Gedichte zu "Sprache und Literatur" und Prosa.

DM 5,-



Heinz-Peter Katlewski / Come all ye Tramps an Hawkers — Die 54-seitige Broschüre enthält neben den schottischen Originalversionen zahlreicher Volkslieder und Balladen auch die deutschen Übersetzungen und kurze Erläuterungen.

DM 7,-



Klaus Hansen & Arnold Schmieder / Human macht der Zweifel, die Verzweiflung kaputt — Klaus Hansen und Arnold Schmieder gehören dem Autorensyndikat "Fliegender Robert" an. "Fliegender Robert" ist ein Oralverlag: er verlegt seine Texte, indem die Autoren sie vortragen. Die 78-seitige Broschüre mit Gedichten und Prosa ist somit eine einmalige Ausnahme.

DM 8,-



Karl-Heinz Hense / Texte — Karl-Heinz Hense hat in der 95-seitigen Broschüre mit viel Erzähl-talent und Gestaltungskraft in den Kapiteln "Monster", "Eine Knobelrunde", "Tagträume", "Hense-leien" und "Erbanlagen" wie auf seiner Platte etwas Eigenes geschaffen. Auch hier herrschen politische und philosophische Überlegungen vor, ohne daß Satire und persönliche Empfindungen vernachlässigt würden.

DM 7,50



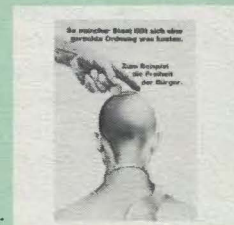
Anne-Marie Fabian / Ihn'n kann ick's ja sagen — Das ist die Devise des Gemüsehändlers Willi Mattusek in den Berliner Geschichten von Anne-Marie Fabian. Mattusek übergibt mit seinem Obst und Gemüse seinen Kunden zugleich Ratschläge für deren werten Lebenslauf. Er ist unermüdlich in der Wiedergabe von Geschichten aus seinem Leben, aus der Politik, seinen Erlebnissen.

DM 7,-



Werner Lansburgh / Tagebuch einer gescheiterten Heimkehr — Werner Lansburgh stammt aus Berlin und mußte 1933 emigrieren. Als Wanderer zwischen drei Sprachwelten schrieb er neben deutschen auch schwedische und englische Bücher. Bekannt wurde er auch durch die Liebesgeschichte in den Briefen an "Dear Doosie".

DM 10,-



Zu den Themen der "Demokratischen Lieder" paßt ein von dem Bonner Künstler Bernhard Pawel Woschek gestaltetes Plakat zu einem aktuellen Text von Karl-Heinz Hense: "So mancher Staat läßt sich eine gerechte Ordnung was kosten. Zum Beispiel die Freiheit der Bürger."

COUPON
An das „Liberales Zentrum“
Roonstr. 69
5000 Köln 1
Hiermit bestelle ich folgende Artikel:

Name: _____
Anschrift: _____